



Otto Brenner Preis

2005

für Kritischen Journalismus
– Gründliche Recherchen
statt bestellter Wahrheiten

Inhalt

Laudatio

zur Verleihung des Otto Brenner Preises
am 23. November 2005 in Berlin 7

Preisträger und Beiträge

Marcus Rohwetter	21
Nikola Sellmair	31
Brigitte Baetz	43
Maximilian Popp	55
Andreas Hamann & Gudrun Giese	61
Astrid Geisler	71
Golineh Atai	77

Jury

Sonia Mikich	84
Dr. Heribert Prantl	85
Harald Schumann	86
Dr. Volker Lilienthal	87
Dr. Thomas Leif	88
Jürgen Peters	89

»Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.«



Otto Brenner 1968

Otto Brenner Preis 2005 für Kritischen Journalismus – Gründliche Recherchen statt bestellter Wahrheiten

Das Leitbild Otto Brennens ist heute so aktuell wie zu seiner Schaffenszeit. Und wenn wir heute wie er eine »wachsame Demokratie« fordern, dann reden wir auch über die vierte Macht im Staat: Wir reden über die Journalistinnen und Journalisten.

Um all jenen unsere Anerkennung und Unterstützung auszudrücken, die kritisch berichten und bei ihren Recherchen den Mut haben, auch gegen den Strom zu schwimmen, hat die Otto Brenner Stiftung 2005 den traditionellen Otto Brenner Preis als Journalistenpreis ausgelobt.

Bei der Auswahl der Preisträger kamen im Geist des Stiftungsvaters folgende Beurteilungskriterien zur Anwendung:

- Rechercheleistung (Aufwand, persönlicher Einsatz, Widerstände)
- Themenauswahl (Relevanz)
- Journalistische Qualität (Sprache und Umsetzung)
- Persönlicher Einsatz (Hartnäckigkeit, »Dranbleiben« am Thema)

Für die Jury konnte die Otto Brenner Stiftung Sonia Mikich (Redaktionsleitung des ARD-Politmagazins »Monitor«), Heribert Prantl (Redakteur bei der Süddeutschen Zeitung), Harald Schumann (Redakteur beim Tagesspiegel), Dr. Volker Lilienthal (Leitung epd-Medien) sowie Dr. Thomas Leif (Netzwerk Recherche) gewinnen.

Mit 135 Einsendungen wurde der Wettbewerb sehr gut angenommen. Und auch die inhaltliche und journalistische Qualität der Beiträge sowie die Vielzahl der Themen und unterschiedlichen Genres überzeugte. Es war keine leichte Wahl für die Jury, die einstimmig zu dem Votum kam, dass diese Ausschreibung als Erfolg gewertet werden muss.

Das hat auch den Vorstand der IG Metall als auch den Verwaltungsrat der Otto Brenner Stiftung überzeugt. Wir beabsichtigen den Otto Brenner Preis von nun an jedes Jahr auszuschreiben, um auf diesem Wege demokratische Wachsamkeit zu fördern und zu unterstützen.

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen die Preisträger und ihre Beiträge vor.

Jürgen Peters

Laudatio

A black and white photograph of Heribert Prantl, a man with glasses and a beard, wearing a dark suit, white shirt, and striped tie. He is standing at a podium with two microphones, looking slightly to his right. The background is a plain, light-colored wall.

Heribert
Prantl

Laudatio zur
Verleihung des
Otto Brenner Preises
am 23. November 2005
in Berlin

Laudatio

Von Albert Camus stammt der bittere Satz: „Die Presse besitzt ihre Zuhälter und ihre Polizei. Der Zuhälter erniedrigt sie, der Polizist knebelt sie und jeder beruft sich auf den anderen, um seine Machtübergriffe zu rechtfertigen“. Es gibt wieder Anlass, über diesen Satz nachzudenken.

Journalisten, die über ihr Metier nachdenken sollen, geraten allerdings leicht in die Situation eines Tausendfüßlers, der sich überlegt, mit welchem Fuß er anfangen soll: Er verhakht sich dann leicht. Wir Journalisten sind nicht sehr gut beim Definieren unseres Selbstverständnisses, wir überlassen das Feld gern den ahnungslosen, aber ungehetzten Kommunikationswissenschaftlern. In Redaktionskonferenzen ist das diskussionsfreudige Klima verschwunden, offenbar haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die viele Zeitungen geraten sind, und die Existenzängste nicht weniger Redakteure damit zu tun. Der alte Satz „wes Brot ich ess, des Lied ich sing“ hat durchaus wieder Bedeutung. Oft ist es auch so, dass wir mit dem vertieften Nachdenken über unser Tun solange warten, bis wir pensioniert oder sonst wie abgefunden sind. Beides steht bei mir, so viel ich weiß, nicht an. Aber die Verleihung von Journalistenpreisen „für kritischen Journalismus“ unter dem Motto „Gründliche Recherchen statt bestellter Wahrheiten“ ist eine Aufforderung, sich als Tausendfüßler zu versuchen.

Es liegt nahe, bei Cicero zu beginnen, weil das Wort Pressefreiheit in diesem Zusammenhang so oft gefallen ist wie schon lange nicht mehr. Das Monatsmagazin Cicero ist in den vergangenen Monaten erst so richtig bekannt geworden – es gibt bekanntlich keinen Schaden, bei dem nicht auch ein Nutzen dabei ist - weil erstens Staatsanwaltschaft und Polizei den Fehler gemacht haben, die Redaktion und auch noch gleich die Privatwohnung eines Journalisten zu durchsuchen, und weil zweitens der bis gestern amtierende Bundesinnenminister diesen Fehler auch noch heftig verteidigt und so getan hat, als mache sich jeder, der die Durchsucherei und Beschlagnahmerei kritisiert, zumindest der versuchten Strafvereitelung schuldig. Diese Maßnahmen und die Maßlosigkeit des Innenministers Schily sind oft genug kritisiert worden; sie interessieren mich an dieser Stelle weniger.

Mich interessiert, wie es so weit hat kommen können, dass Razzien in Redaktionen und in den Privatwohnungen von Journalisten beinahe zum strafrechtlichen Alltag gehören. Das Ganze geht ja mittlerweile so weit, dass die Wohnungen von Richtern durchsucht werden, weil sie einen Journalisten kennen. In dem Fall, der

Heribert Prantl

heute vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt wurde, haben die Ermittlungsbehörden einer Richterin unterstellt, dass sie einem Journalisten Informationen über einen Haftbefehl gegeben habe (was nach der Chronologie der Ereignisse völlig ausgeschlossen war); und weil ja eine Wohnungsdurchsuchung in diesem Land relativ leicht erhältlich ist, hat die Polizei bei dieser Gelegenheit auch gleich E-Mails und Handyverbindungen eingesammelt – ohne dass eine Telefonüberwachung angeordnet war. So leicht geht das heute, und so wenig Protest gibt es dagegen. Offensichtlich hat die Pressefreiheit ihre Kraft verloren. Man schätzt sie nicht mehr, man fürchtet sie nicht mehr. Ich fürchte, das hat auch mit dem Journalismus zu tun, mit dem Journalismus, wie er sich heute darstellt.

Nach der Spiegel-Affäre hat man sich das eigentlich nicht mehr vorstellen können. Aber der Fall Cicero ist ja mitnichten ein Einzelfall. Schon seit Jahren wird durchsucht und beschlagnahmt, was das Zeug hält. 1962, beim Spiegel, musste noch ein Vorwurf herhalten, der Tradition hat, wenn der herrschenden Politik eine Kritik nicht passt: Landesverrat. Heute reicht es schon drei Nummern kleiner, um eine Razzia gegen Zeitungs- und Fernsehhäuser anzuordnen: Durchsucht wird wegen des Verdachts der „verbotenen Mitteilung über eine Gerichtsverhandlung“ oder wegen der „Beihilfe zur Verletzung des Dienstgeheimnisses“. Wenn sich also ein Redakteur, unter Berufung auf sein Zeugnisverweigerungsrecht, weigert zu sagen, was er weiß und woher er brisante Informationen hat – dann wird eben durchsucht. So einfach ist das geworden. Warum? Wohl auch, weil die Pressefreiheit in Verruf geraten ist.

Die Presse sei ein „ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung“, heißt es im Spiegel-Urteil von 1965. Eine „freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse“ sei ein „Wesenselement des freien Staates“. So schrieb das Bundesverfassungsgericht vor vierzig Jahren. Für einen solchen Satz haben vor 160 Jahren in Deutschland Demokraten wie Johann Georg August Wirth auf den Barrikaden gekämpft, für einen solchen Satz wurde Jakob Philipp Siebenpfeiffer in Landau ins Gefängnis geworfen, und musste dort, wie es den Gefangenen damals zur Auflage gemacht wurde, wöchentlich drei wolle Socken stricken. Hätte er geahnt, dass sein Satz eines Tages vom höchsten Gericht so gerühmt werden würde und hätte er lesen können wie sich unsere heutigen Preisträger diesem Ruhm würdig erweisen – er hätte vor Freude sechs paar Socken gestrickt.

Laudatio

Das Spiegel-Urteil des Bundesverfassungsgerichts stammt von 1965. Es war der Höhepunkt im Leben der Pressefreiheit in Deutschland. Vierzig Jahre später ist festzustellen, dass mit den feierlichen Sätzen des Urteils umgegangen wird wie das eine deutsche Familie mit dem Weihnachtsschmuck tut: Einmal im Jahr wird der glitzernde Tand an den Baum gehängt – und dann wieder weggepackt. Das Spiegel-Urteil des Bundesverfassungsgerichts stammt, wie gesagt, von 1965. Das Spiegel-Urteil von heute wird auf diversen Medien-Tagen und auf den Redaktions-Flur-Gesprächen gefällt. Es fällt nicht mehr so feierlich und nicht mehr so respektvoll aus, das große Leitmedium ist der Spiegel nicht mehr – und das hat damit zu tun, das Mainstreaming, das Schwimmen im Strom, wie es der Spiegel heute pflegt, eigentlich nicht zu den Hauptaufgaben des Journalismus gehört. Im Zweifel schwimmt guter Journalismus gegen den Strom. Unsere Preisträger zeigen, wie aufregend, wie spannend, wie aufklärerisch das sein kann. Ich habe schon etlichen Preis-Jurys angehört: Noch nie habe ich eine solche Fülle von ausgezeichneten Arbeiten lesen dürfen.

Ich habe soeben von den Medientagen gesprochen, auf denen immerhin noch über Anspruch und Wirklichkeit der Pressefreiheit nachgedacht wird. Ansonsten, da soll man sich nichts vormachen – siehe die Vielzahl der Durchsuchungsaktionen – interessiert sie eigentlich keinen mehr. Die Pressefreiheit steht zwar nach wie vor in der Verfassung, aber dort steht bekanntlich viel, was nicht unbedingt zu den heutigen Herzensangelegenheiten zählt, zum Beispiel der Satz „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“.

Es gibt eine Reihe von wirtschaftsfinanzierten Interessengruppen wie „Bürgerkonvent“ oder die „Initiative soziale Marktwirtschaft“ (die Preisträgerin Brigitte Baetz hat sich ihnen gewidmet) die gerne dafür werben, dass es nicht nur Grundrechte, sondern auch Grundpflichten gibt und die solche Grundpflichten auch gerne ins Grundgesetz aufgenommen sähen. Über die Grundpflicht, die schon in der Verfassung steht, sieht, hört und liest man bei diesen Initiativen leider sehr wenig: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen“. Ich wünsche mir von den vielen sogenannten Reforminitiativen, die ja mit allerlei Kampagnen den Wandel in Deutschland fordern, ich wünsche mir von diesen Reforminitiativen einmal eine schöne Anzeigerserie zu diesem schönen Artikel 14 Absatz 2 des Grundgesetzes, vielleicht auch herunterladbare, fertige Beiträge für Hörfunksender und die Vermittlung von Interview-

Heribert Prantl

partnern, die erzählen können, was aus diesem Satz alles folgt und wie man ihn für Reformen nutzbar machen kann.

Wer heute die Pressefreiheit verteidigt, der kommt schnell in den Verdacht, ihre Missstände zu goutieren: die Entgleisungen im Boulevard-Journalismus, den Schwachsinn unsäglicher Talkrunden im Nachmittagsfernsehen, eine oberflächliche journalistische Nassforschung, die um sich greift, eine potente Ahnungslosigkeit, die auch daher rührt, dass in Ausbildung und Archive nicht mehr so viel investiert wird wie früher. Wer heute die Pressefreiheit verteidigt, der kommt in den Verdacht, die aggressive Rechthaberei zu loben, die sich in jüngerer Zeit vor allem bei der journalistischen Begleitung der sogenannten Reformpolitik gezeigt hat. Es gab eine zunehmende Neigung der journalistischen Elite, sich an die Stelle des Souveräns, des Wählers also, zu setzen, und ihm, in fürsorglicher Bevormundung, einzureden, welche Reformen er braucht, auch wenn sie ihm schaden. Journalisten wollten immer radikalere Reformen und sie empfahlen auch gleich die politischen Konstellationen, in denen sich diese verwirklichen lassen – so kam es im vergangenen Wahlkampf zu einer partiellen Selbstgleichschaltung des deutschen Spitzen-Journalismus. Es hat sich dann allerdings gezeigt, dass die Wähler den Medien in Sachen Differenziertheit weit überlegen waren. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ich bin der Meinung, dass zur Pressefreiheit auch die Freiheit zur notfalls auch selbstschädigenden Kampagne gehört, wie wir sie in jüngerer Zeit erlebt haben. Ich meine aber auch, dass sich jeder blamiert, so gut er kann. Man schadet sich halt, wenn man so arbeitet.

Der Otto-Brenner-Preis heißt „Preis für kritischen Journalismus“. Kritischer Journalismus: das sollte eigentlich eine Tautologie sein, ist es aber nicht. Zu beklagen ist eine Tendenz zur Vermischung von Information und Unterhaltung. Zu beklagen ist die Vermischung von Journalismus und PR. Zu beklagen ist die Verquickung von Journalismus und Politik, die Tatsache also, dass sich immer mehr Journalisten zu Büchsenspannern und Handlangern machen lassen. Zu beklagen ist also eine Tendenz zur Berlusconiisierung der deutschen Medienlandschaft. Unter dem Mantel der Pressefreiheit verstecken sich auch allerhand Scharlatanerie und Dreistigkeit. Es gibt bunte Blätter, die ihr Geld damit verdienen, erfundene Interviews zu veröffentlichen. Es gibt Blätter, deren Exklusivgeschichten sich allenfalls durch exklusive Lügen auszeichnen. Das alles gibt es allerdings schon ziemlich lange, wenngleich sich die Emanationen heute verviel-

Laudatio

fachen. Das Vergnügen am Komischen und Kuriosen, am Absonderlichen und Spektakelhaften ist früher auf dem Jahrmarkt befriedigt worden. Heute haben Medien diese Aufgabe übernommen. Es mag ja sein, dass dabei sozial wertvolle Emotionen freigesetzt werden – nur: was hat das mit Journalismus zu tun? Ein Journalismus, dem es ausschließlich darum geht, möglichst hohe Einschaltquoten und möglichst hohe Auflagen zu erzielen, ganz gleich mit welchen Mitteln, ist ein ganz normaler Wirtschaftsbetrieb. Er ist nicht besser und nicht schlechter als ein Hersteller von Taschenrechnern oder Plastikfolien. Im Grundgesetz gibt es allerdings zu Recht keinen Artikel, der die Herstellung von Taschenrechnern oder Plastikfolien schützt.

Der Ruf des Journalismus hat gelitten – und mit ihm leidet der Wert der Pressefreiheit. Wie sehr er gelitten hat, dafür sind die steigenden Zahlen von Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen ein Indiz. Ein Indiz ist vor allem die in der Regel eher matte Reaktion der Öffentlichkeit darauf. Beschlagnahmeaktionen in Redaktionen werden betrachtet und bewertet wie die Durchsuchungen in Wurstfabriken: Irgendetwas Verdorbenes wird sich schon finden. Heute, im 56. Jahr des Grundgesetzes, ist die Pressefreiheit ein einbalsamiertes Grundrecht. Sie ist prächtig präpariert von den Verfassungsrichtern in Karlsruhe, so dass sie fast ausschaut wie lebendig. Aber nur fast: Von Zeit zu Zeit wird das Tier abgestaubt, der Biologielehrer stellt es vor der Klasse auf und erzählt dann, was das Tier gemacht hat, als es noch gelebt, gejagt und gefressen hat.

Manchmal geschieht ein Wunder – dann wird die Pressefreiheit gefährlich lebendig. Viele dieser Wunder haben früher im Spiegel gestanden, der einmal die große Schule des deutschen Journalismus war. Man braucht solche Nachrichtenmagazine, man braucht solche Zeitungen, die das leisten können, weil die Demokratie immer wieder solche Wunder braucht. Wenn so ein Wunder geschieht, wenn die Pressefreiheit also den Mächtigen nahe rückt, wenn sie also einen wirklichen Großskandal entdeckt, wie in jüngerer Zeit den Spendenskandal Helmut Kohls, den Schwarzgeldskandal der hessischen CDU oder den VW-Skandal, dann ist das eine Sternstunde des Journalismus. Aber so ein Skandal hält leider meist nur für gewisse Zeit, denn alsbald wird schon wieder, wie es im Jargon heißt, eine andere Sau durchs Dorf getrieben. Es fehlt, in der Politik wie in den Medien, der lange Atem. Gleichwohl: Die Wochen, in denen investigativer Journalismus in die dunklen Ecken unseres Gemeinwesens leuchtet, haben

Heribert Prantl

auch mir eine Kompetenz der Medien wieder gezeigt und gelehrt, an der ich immer wieder zu zweifeln beginne: Die Aufklärungs- und Aufdeckungsmacht der Presse, ihre überlegene Aufdeckungskompetenz. Ich sage das als ein politischer Journalist und Leiter eines politischen Ressorts, der früher einmal Richter und Staatsanwalt war.

Die Staatsanwaltschaft hat bekanntlich alle möglichen Zwangsmittel zur Verfügung, bis hin zum Haftbefehl. Täuscht mein Eindruck, dass Publizität (die gut belegte Enthüllungsgeschichte, die untermauerte Analyse, der pointierte Leitartikel dazu) bisweilen ein wirksameres Mittel sein kann? Die Macht und die Kraft der Medien kann bei der Aufklärung politischer Skandale mit strafrechtlichem Einschlag in besonderer Weise deutlich werden – gerade dann, wenn man die Rolle der Medien vergleicht mit der bescheidenen Rolle, die dabei Richter und Staatsanwalt spielen. Welcher der großen politischen Skandale der Bundesrepublik ist eigentlich strafrechtlich aufgearbeitet worden? Die Instrumente des Strafrechts kratzen, wenn überhaupt, dann ziemlich an der Oberfläche. Die politischen Krisen mit strafrechtlichem Einschlag sind nicht wirklich gefährlich – solange sie aufgedeckt werden können. Gefährlich wird es, wenn sie nicht mehr aufgedeckt werden können.

DER KIKERIKI-JOURNALISMUS

Nicht jede Woche und nicht jeden Monat kann ein Großskandal entdeckt werden. So etwas kostet im übrigen viel Zeit und Kraft und redaktionelle Kapazitäten. Gern tut unsere Branche, gern tun Verleger, die diese redaktionellen Kapazitäten aus Kostengründen nicht mehr so sehr gern vorhalten wollen, so, als sei das nicht weiter tragisch, weil es ja angeblich nicht so schwer sei, zu Exklusivgeschichten zu kommen. Das führt zu einer besonderen Art von journalistischer Kreativität: Wenn etwa über die Vermögens- oder eine Reichensteuer diskutiert wird, schlägt man sein Verzeichnis der üblichen Verdächtigen in der Union oder SPD auf. Schon bevor man mit ihnen gesprochen hat, weiß man, dass hinterher die Schlagzeile „Streit in der SPD (bzw. Union) geht weiter/spitzt sich zu“ berechtigt sein wird. Am nächsten Tag reagieren darauf andere, darunter vielleicht Kanzler bzw. Kanzlerin. So entstehen aus vier Telefonaten oder zwei Morgeninterviews Ermahnungen im Präsidium, neue Stellungnahmen, Forderungen der Fraktionen, Machtworte – also Politik.

Laudatio

Diese Art von Exklusiveritis ist eine journalistische Krankheit. Sie gehört zum Formenkreis des Kikeriki-Journalismus, also der aufgeregten Kräherei, die seit einiger Zeit unsere Publizistik prägt.

Vor einiger Zeit, zum 15. Jahrestag der deutschen Einheit, habe ich in einem Leitartikel darüber nachgedacht, ob man dem Land aus diesem Anlass nicht eine Ent-Hysterisierungs-Behandlung schenken sollte – sagen wir, zum Ausprobieren, erst mal für zehn Wochen: In dieser Zeit müsste dann in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen auf alles Aufgeblasene, auf Wichtigtuereien und Hypertrophien verzichtet werden, gleichfalls auf die Wiederholung des immer Gleichen und auf die Produktion von Nachrichten, wenn es keine Neuigkeiten gibt. Nach Ablauf der Zehn-Wochen-Frist würde man dann erfahren, dass die neue Bundesregierung schon ordentlich arbeitet – weil ihre Mitglieder nicht damit beschäftigt waren, in Talkrunden zu sitzen. Aber das liefe auf den ebenso revolutionären wie verfassungswidrigen Vorschlag hinaus, den Journalismus für zehn Wochen mehr oder weniger einzustellen; und unsere heutige Preisverleihung müsste dann womöglich mit gutem Beispiel vorangehen und das wäre gar nicht gut, weil wir uns hier ja vor Augen halten, wie guter Journalismus aussieht.

Nehmen wir das aufregende Feature unseres ersten Preisträgers, nehmen wir den Beitrag von Marcus Rohwetter vom 6. Oktober 2005 aus der Wochenzeitung Die Zeit: Er handelt von internationalen Anwaltskanzleien, die komplette Gesetzesvorlagen entwerfen und sich so zum Gebrechlichkeitspfleger für den Gesetzgeber machen. So war es etwa beim Gesetz über Öffentlich-Private-Partnerschaften, das erst vor kurzem in Kraft trat. Rohwetter befasst sich mit weltweit operierenden Rechtskonzernen, aus deren Expertisen die Politik abschreibt, und deren Handschrift sich im Gesundheits-, Energie-, Telekommunikationsrecht und Arbeitsrecht wiederfindet. Rohwetters ausgezeichnete Text ist ein Musterbeispiel für aufklärend-aufdeckenden Journalismus. Es handelt sich um einen Schlüssel-Text, der auch einem Fachmann den Kopf aufsperrt. Hier zeigt sich die Kraft, die Qualitätsjournalismus haben kann.

Ein Text ist nicht automatisch dann gut, wenn er „modern“ oder „modisch“ ist, wenn er also etwa im neoliberalen Zeitgeist schwimmt. Er ist dann gut, wenn er aufklärt, wenn er vor Gefahren warnt.

Heribert Prantl

An dieser Stelle passt eine meiner Lieblingsgeschichten, die vom Huhn und vom Schwein. Eines Tages schlug das Huhn dem Schwein eine enge Zusammenarbeit vor. Das Huhn sprach also von Kooperation, es sprach von Fusion und es schwärmte von den Chancen, die darin stecken – nach einer „gewissen Durststrecke am Anfang“ freilich. Das Schwein hörte sich die Sache schweigend an und fragte dann, wie die Sache denn genau aussähe. „Wir gründen die Firma „ham and eggs“ sagte das Huhn. Darauf das Schwein irritiert: „Du bist verrückt, das bedeutet doch meinen sicheren Tod!“ Das sei der Sinn einer Kooperation, bemerkte das Huhn trocken.

Pfiffige Redenschreiber bei Firmen wie Daimler und Mannesmann oder bei Ex-Firmen wie Dasa und Hoechst schreiben oder schrieben ihren Vorstandsvorsitzenden womöglich zur Feier des Tages solche Geschichten gern in die Ansprache; beim Vortrag schmunzelt dann die gemischte Runde der Vorstände und Aufsichtsräte der fusionierten Firmen A und B, weil sich natürlich keiner der Herren in der Rolle des Schweins sieht. Das ist verständlich, denn ihnen geht es ja auch nicht an den Kragen und wenn, dann ist die Freisetzung gut abgesichert. Schon eher sind die Mitarbeiter der fusionierten Firmen in der Rolle des armen Schweins, weil bei einer Fusion üblicherweise ein nicht geringer Teil von ihnen geopfert, also entlassen wird.

Solche Massenentlassungen gehören zu den wenigen Gelegenheiten, bei denen die Verachtung der Schwachen, der Verlierer und der Ausgesonderten der Märkte sich in den Medien noch vorübergehend in empathische Resignation verwandelt: „Mein Gott, die armen Leute, aber was soll man machen, die Globalisierung!“ Nach kurzer Kondolenz fährt man, als handle es sich um Trauerarbeit, noch angestrongter damit fort, die „Entzauberung des Sozialstaats“, den „Abschied vom Sozialpatriotismus“ und die „Entmachtung des Tarifkartells“ zu beschwören, vom „verlogenen sozialen Frieden“ zu reden, über die lähmende „Konsensgesellschaft“ und das „Hochsteuerland“ Deutschland zu klagen. So soll die Notwendigkeit dokumentiert werden, den Sozialstaat nicht nur zu redimensionieren, sondern ihn Schicht um Schicht abzubauen. Beginnend in den neunziger Jahren hat eine wuchtige Kampagne erst die Sprache, dann das Denken erobert, die Medien haben dabei mitgewirkt: Es begann damit, dass aus dem sozialen Netz die soziale Hängematte wurde und statt von der Massenarbeitslosigkeit vom kollektiven Freizeitpark die Rede war; mittlerweile wird die Kürzung

Laudatio

von Arbeitgeberbeiträgen zur Rentenversicherung als „Beitrag zur Generationengerechtigkeit“ verkauft und eine allgemeine Lohnsenkung als Rezept zur Gesundung des Landes ausgegeben.

Die Verbetriebswirtschaftlichung des Gemeinwesens ist über Jahre hin zumal in den Wirtschaftsteilen der deutschen Zeitungen wie ein Dogma verkündet worden. Es gibt in der Nachkriegsgeschichte kaum eine andere Frage, in der die veröffentlichte Meinung über Jahre hin so eng, so undifferenziert, so festgefügt gewesen wäre wie hier. Alle anderen politischen Fragen wurden und werden kontrovers diskutiert. Diese nicht. In allen anderen politischen Fragen gibt es ein breites Spektrum von Meinungen. Hier nicht. Die veröffentlichte Meinung zu Fragen der Verteidigungspolitik, der Außenpolitik, der Rechtspolitik oder der inneren Sicherheit waren und sind weit gefächert. Die Meinungen zur Wirtschaftspolitik nicht. Sie unterscheiden sich in der Darstellungsform, nicht im Inhalt. So stieg das Recht auf ungestörte Investitionsausübung auf zum ungeschriebenen deutschen Super-Grundrecht. Artikel 1: „Der Standort Deutschland ist unantastbar. Ihn zu schützen und zu fördern ist oberste Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.“ Absatz 2: „Die ungestörte Investitionsausübung ist gewährleistet. Niemand darf gegen sein Gewissen zum Umweltschutz, zum Datenschutz, zum Kündigungsschutz oder zu sonst ihn beeinträchtigenden Maßnahmen verpflichtet werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“. Die so pointierte neoklassische Ökonomie ist in Deutschland nicht die vorherrschende, sondern die fast allein herrschende Lehre. Sie läuft darauf hinaus, dass Staaten gemanagt werden wie Firmen und sich unterwürfig um Investoren bewerben wie verzweifelte Arbeitslose. Ich hoffe, die Hochzeit dieser gefährlichen Epoche geht allmählich zu Ende. Der deutsche Journalismus hat sich leider lang in ihren Dienst gestellt. Es fallen einem dazu die bösen Worte ein, mit denen Heiner Geißler einmal den Zustand der CDU in der späten Ära Kohl beschrieben hat: Konform, uniform, chloroform.

Das Ganze kulminierte kurz nach der Bundestagswahl 2002 und in den Monaten vor der Bundestagswahl von 2005: Die Bundesrepublik fand sich, jedenfalls nach den landläufigen Beschreibungen, wie weiland Gregor Samsa in Franz Kafkas „Verwandlung“ reglos auf dem Rücken liegend. Es war auf einmal, als sei das Land sich selbst zum Feind geworden. Es herrschte Erregung, es herrschte Panik, Publizisten wurden zu Klageweibern, Historiker zu Hysterikern. Es herrschte eine seltsame Lust am Untergang, ein Defätismus gerade so, als sei Deutschland über Nacht ein Nachbarland von Dschibuti oder Burkina Faso

Heribert Prantl

geworden. Man hätte das Ganze als lächerlich abtun können, wenn sich nicht dabei ein unheilvoller Zug deutscher Mentalität enthüllt hätte: Nur in großer Gefahr, nur im Ausnahmezustand, werden angeblich die notwendigen Kräfte geweckt, erwacht angeblich der Lebensernst. Anders gesagt: Nur wenn es uns schlecht geht, geht es uns gut. Also müssen Extremsituationen aufgesucht, also muss der Abgrund zumindest erblickt, muss die Existenz womöglich preisgegeben werden, wenn es zu einer existentiellen Bestätigung kommen soll.

Es wurde ein wirtschafts- und innenpolitischer Ausnahmezustand herbeigeredet. Mit der defätistischen Beschreibung der Situation des Landes, mit der Katastrophalisierung Deutschlands, wurde eine Stimmung erzeugt, in der einige Zeit lang schon beinahe egal war, was geschieht, wenn nur etwas geschieht. Die veröffentlichte Meinung im Land war so, das kaum mehr jemand fragte, was in den Reformen drin ist; es genügte, wenn Reform draufstand. Reform wurde ein Wert für sich, Reform stand für Tat, und Tat stand für Lösung. Errungenschaften, die gestern noch behütet wurden wie der Nibelungenschatz, sollten jetzt in die Spree befördert werden. Das Land war auf der Flucht, auf der Flucht vor der Krise, und es war bereit, fast alles wegzuerwerfen, was beim Laufen hindert: den sozialen Frieden, das Verhältniswahlrecht, den gewohnten Gesetzgebungsgang. Es gab eine trotzigere Bereitschaft, auch all das zu opfern, worin die Stärke der Bundesrepublik seit 1949 bestanden hatte: und wer nicht zu opfern bereit war, machte sich verdächtig.

Es wird das erste große Verdienst der großen Koalition sein, wenn das endlich aufhört.

Was hat der Journalismus damit zu tun? Journalismus ist Aufklärung. Und was ist Aufklärung? Aufklärung ist der Ausgang aus selbstverschuldeter Unmündigkeit. Und wie kommt man aus dieser Unmündigkeit heraus, wo ist der Ausgang? Das zeigen die Stücke, die wir heute auszeichnen. Sie sind Leuchttürme. Wenn unsere Branche wissen will, mit welchen Themen, mit welcher Arbeit, mit welcher Qualität die Pressefreiheit wieder Rang und Wert, wieder ihren Glanz erhalten – dann empfehle ich die Lektüre der Beiträge, die heute den „Otto Brenner Preis“ erhalten.

Preisträger



Marcus Rohwetter
Nikola Sellmair
Brigitte Baetz
Maximilian Popp
Andreas Hamann
Gudrun Giese
Astrid Geisler
Golineh Atai

Ihr Wort wird Gesetz

Begründung der Jury:

»Ihr Wort, das ist das Wort internationaler Anwaltskanzleien, die bei Gesetzgebungsverfahren nicht mehr nur beratend mitwirken, sondern komplette Gesetzesvorlagen entwerfen. Am Beispiel des „Public Private Partnership“ beschreibt der Autor anschaulich den Einfluss von Akteuren, die in keiner Weise demokratisch legitimiert sind. Der Preisträger schildert erstmals die besondere Qualität dieser „Dienstleistung“, die auf eine Entmachtung des Parlaments hinausläuft. Anzumerken bleibt, dass selbst Experten, die sich mit Fragen des Lobbyismus und des Einflusses von Interessengruppen intensiv beschäftigt haben, keine Kenntnis über die Reichweite dieser Auslagerung legislativer Kernkompetenzen haben. Die Preisverleihung wird ganz wesentlich dazu beitragen, diese Entwicklung nicht nur transparent, sondern auch zum Gegenstand öffentlicher Debatten zu machen.«

Marcus Rohwetter

geboren 1973 in Arnsberg
Wirtschaftsredakteur Die Zeit, Hamburg



Werdegang:

- seit 2000 Redakteur im Wirtschaftsressort der Wochenzeitung Die Zeit, Hamburg
- 1999 bis 2000 Volontariat an der Georg von Holtzbrinck-Schule für Wirtschaftsjournalisten, Düsseldorf
- 1995 bis 1999 Freie Mitarbeit in der Redaktion Recht und Justiz des ZDF, Mainz
- 1993 bis 1998 Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Bielefeld. Erstes Juristisches Staatsexamen & Diplom

Auszeichnungen:

- Ludwig Erhard Förderpreis für Wirtschaftspublizistik 2003 (mit Marc Brost)
- IZW-Journalistenpreis »Packende Wirtschaft 2004« / 3. Platz

Buchveröffentlichungen:

»Das große Unvermögen. Warum wir beim Reichwerden immer wieder scheitern«; Wiley-VCH, Weinheim 2003 (mit Marc Brost)

Ihr Wort wird Gesetz

Beitrag aus »Die Zeit« vom 6. Oktober 2005

Wenn Ministerien und Parlament die Gesetzesarbeit zu schwierig wird, springen internationale Anwaltskanzleien gern ein.

Der amerikanische Milliardär Haim Saban hat sie beauftragt, den Verkauf seiner ProSiebenSat.1-Anteile an den Zeitungskonzern AxelSpringer zu begleiten. Damit das Kartellamt nicht dazwischengeht.

Der Regierung in Moskau helfen sie bei der Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Damit die russische Industrie ihre Abgase unter Kontrolle bekommt. Und als es darum ging, die Sammlung des New Yorker Museum of Modern Art vorübergehend nach Berlin zu holen, haben sie Museumsdirektor Glenn Lowry so lange gut zugeredet, bis er einverstanden war. Damit Berlin auch kulturell zur Hauptstadt wird.

Drei Jobs, eine Firma. Ihr Name: Hogan&HartsonRaueL.L.P., Potsdamer Platz, Berlin, Ableger einer mehr als 100 Jahre alten Anwaltskanzlei aus den Vereinigten Staaten. Geschäfte im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Politik sind das Spezialgebiet dieser law firm, und neuerdings mischen ihre Juristen auch bei der deutschen Gesetzgebung mit. »Die heutige Rechtsmaterie ist so komplex, dass sie mit den Mitteln, die den Ministerien und den Abgeordneten zur Verfügung stehen, kaum noch bewältigt werden kann«, sagt Kornelius Kleinlein, Partner bei Hogan&Hartson. Er hat der SPD-

Bundestagsfraktion beim Entwurf eines Gesetzes geholfen, das den 700 Milliarden Euro schweren Investitionsstau in Deutschland mit auflösen soll. In nur drei Wochen wurde es von Bundestag und Bundesrat abgesehen, Anfang September trat es in Kraft.

Ein deutsches Gesetz, geprägt von einer amerikanischen Anwaltskanzlei?

Neue Spieler haben die Berliner Arena betreten und beginnen, im politischen Leben ihre Spuren zu hinterlassen. Es sind weltweit operierende Rechtskonzerne, von denen sich in Berlin inzwischen gut zwei Dutzend niedergelassen haben. Ihre juristische Expertise ist zunehmend gefragt, unabhängig davon, wer gerade regiert. Ihre Handschrift findet sich im Gesundheits-, Energie-, Telekommunikations- oder Arbeitsrecht.

Dass sich die Legislative bei ihrer Arbeit helfen lässt, hat zwar Tradition. Wissenschaftler schreiben seit Jahrzehnten ihre Gutachten, Kommissionen entwickeln Reformvorschläge, der Bundesverband der Deutschen Industrie prägte bereits in den fünfziger Jahren das Kartell- und Wettbewerbsrecht. Dennoch erhält die Rechtsetzung durch die jüngste Entwicklung eine neue Dimension, weil der Staat seine juristischen Berater immer früher in den Prozess einbindet. Neuerdings sogar so früh, dass diese gemeinsam mit den Ministerialbeamten ein Ge-

Marcus Rohwetter

setz von Anfang an entwickeln. Als »absolutes Novum« bezeichnet der Abgeordnete Michael Bürsch die Entstehungsgeschichte des vor wenigen Wochen in Kraft getretenen Gesetzes über Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP). Bürsch hat die verantwortliche Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion geleitet und das klassische Verfahren praktisch umgedreht. Während früher ein Ministerium Gesetzestexte entworfen und andere erst dann nach ihrer Meinung gefragt habe, sagt er, »war es hier ein umgekehrter und völlig offener Prozess, bei dem wir unsere Berater um Vorschläge gebeten haben«.

Dieses Vorgehen bringt Risiken mit sich. »Gesetzesentwürfe müssen von der Ministerialbürokratie erdacht und geschrieben werden«, sagt Everhard Holtmann, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Halle-Wittenberg. »Wenn sie externe Berater schon am Anfang der Entwicklungsarbeit mit einbezieht, läuft sie Gefahr, einen Teil ihrer Gestaltungsmacht aus der Hand zu geben.«

Doch dessen ungeachtet suchen die Politiker den Sachverstand und die Anwälte ihrerseits die Nähe zur Politik. Es ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit, und das ÖPP-Gesetz zeigt beispielhaft, wie es funktioniert.

Die Wege von Rechtsanwalt Kleinlein und dem SPD-Abgeordneten Bürsch kreuzten sich schon vor einigen

Jahren. Man traf sich in Berlin, unter anderem in der britischen Botschaft, wo ein Vortrag gehalten wurde über die Erfahrungen mit Public Private Partnerships. Darüber, dass der Staat rund zehn Prozent seiner Kosten sparen könne, wenn er nicht mehr Eigentümer von Gerichtsgebäuden, Schulen, Straßen und Kasernen ist, sondern bloß noch Mieter. In Großbritannien wird heute schon eines von fünf staatlichen Projekten als Öffentlich-Private Partnerschaft verwirklicht. In Deutschland sind es deutlich weniger, vor allem wegen juristischer Hindernisse. Praktisch alle Parteien hatten bereits gefordert, diese zu beseitigen, und nach der Bundestagswahl 2002 wollte Bürsch nun endlich für ein entsprechendes Gesetz sorgen.

Aber wie?

Der Jurist Kleinlein wusste es. Damals arbeitete er noch für die Großkanzlei Linklaters, hatte gemeinsam mit deren ÖPP-Spezialisten Jan Endler eine Reihe von Projekten betreut und kannte daher die bürokratischen Hürden genau. Außerdem hatte er eine Ahnung davon, wie sie sich beseitigen ließen, wenn man hier einen Paragraphen streicht, dort einen Halbsatz umhebt oder einen Absatz einfügt. »Als Anwalt befasst man sich ständig mit der juristischen Lösung von Problemen«, sagt er. »Man spricht die gleiche Sprache wie der Gesetzgeber.« So fand man zueinander.

Ihr Wort wird Gesetz

Kleinlein war überzeugt davon, dass der Bund zunächst die Möglichkeit bekommen musste, seine Fernstraßen, Kasernen und Gebäude zu verkaufen. Bislang war das grundsätzlich verboten. Um das zu ändern, schlug Kleinlein vor, mit Hilfe des ÖPP-Gesetzes die Bundeshaushaltsordnung zu überarbeiten. »Darin kam eine bestimmte Vorstellung zum Ausdruck, die längst nicht mehr zeitgemäß ist. Nämlich, dass der Staat Verwaltungsgebäude, Schulen oder andere Infrastruktureinrichtungen am wirtschaftlichsten nutzt, wenn sie ihm auch gehören«, sagt er. »In der Privatwirtschaft hat sich diese Vorstellung schon lange als falsch erwiesen. Warum sollte das für den Staat anders sein?«

So wurde die Idee geboren, das grundsätzliche Veräußerungsverbot aufzuheben, damit der Bund sein Eigentum verkaufen und anschließend zurückmieten kann. In diesem Fall wäre er nämlich nicht mehr für die kostenträchtige Instandhaltung verantwortlich, sondern könnte beispielsweise für eine heruntergekommene Straße ganz einfach die Miete kürzen. Kleinleins Vorarbeit zu dieser grundsätzlichen Passage spiegelte sich im offiziellen Entwurf wider und später im fertigen Gesetz.

Bürsch bezeichnet den Anwalt denn auch als »einen der Motoren des ganzen Projekts«, wenngleich Kleinlein mitnichten der einzige Geburtshelfer des Gesetzes war. Die Ministerialbüro-

kratie stellte rund 40 Leute ab, die Privatwirtschaft etwa 60, darunter die Elite der internationalen Anwaltschaft von Freshfields bis NortonRose, von Clifford Chance bis Linklaters.

Rechtlich gesehen sei die enge Zusammenarbeit mit den Beratern »kaum angreifbar«, sagt Martin Burgi. Er ist Professor für öffentliches Recht an der Universität Bochum und forscht über die Zusammenarbeit von Staat und Unternehmensberatern. »Solange das Parlament letztendlich die Entscheidung fällt, ist das nicht zu beanstanden.«

Juristisch nicht. Aber politisch? Der Politologe Holtmann glaubt, dass viele Weichen schon gestellt werden, bevor die öffentliche Debatte beginnt. »Je intensiver der Staat mit außenstehenden Beratern zusammenarbeitet, desto undurchsichtiger wird der Prozess der politischen Willensbildung«, sagt er.

Für die Kanzleien ist die Beteiligung mehr als eine Dienstleistung. Gerade in einer Zeit des Umbruchs, in der sich der Staat von einigen Aufgaben trennt, wenn er dereguliert und privatisiert, entstehen fast täglich juristische Grauzonen, man könnte auch sagen: Möglichkeitsräume. Was genau ist anders als vorher? Was dürfen Unternehmen jetzt, was nicht? Sich im Dickicht neuer Gesetze zurechtzufinden wird für Kanzleien zum Wettbewerbsvorteil im Kampf um kommerzielle Mandate und wer kennt sich besser aus als jemand,

Marcus Rohwetter

der die Vorschriften mitentwickelt hat? »Strategisch wird es für Großkanzleien wichtiger, möglichst nah an politischen Entscheidungsprozessen dran zu sein«, sagt Christoph Tillmanns vom juristischen Branchendienst Juve.

Vor allem amerikanisch und britisch geprägte Sozietäten suchen die Nähe zur Politik. Freshfields baut gerade eine Public-Affairs-Abteilung in Berlin auf; die Firma gehört zum magic circle jener fünf Kanzleien aus London, die als besonders mächtig gelten. Andere haben prominente Politiker mit Anwaltszulassung angeworben: Der CDU-Finanzexperte Friedrich Merz arbeitet für die US-Kanzlei Mayer Brown Rowe & Maw, FDP-Senior Otto Graf Lambsdorff für Taylor Wessing. Und Wilmer, Cutler & Pickering (»Ihre ständige Vertretung in Washington und Berlin«) beschäftigt den Exbundesverkehrsminister Matthias Wissmann. Der hat zu Amtszeiten die Lufthansa privatisiert, die heute ein Kunde seiner Sozietät ist, auch wenn er sich inzwischen vor allem mit energierechtlichen Fragen befasst.

Kleinleins Firma Hogan & Hartson beschäftigt weltweit 1000 Anwälte, jährlich nehmen sie gut 630 Millionen Dollar an Honoraren ein. In Berlin eröffnete die Kanzlei vor vier Jahren ein Büro, um dort zu werden, was sie in Washington längst ist: eine politische Institution mit besten Beziehungen. Der konservative Jurist John Roberts, der vergangene Woche zum Vorsitzenden Richter am

U.S. Supreme Court ernannt wurde, arbeitete lange als Partner bei Hogan & Hartson. Auch Sandy Berger, der Sicherheitsberater von Bill Clinton, war Anwalt der Kanzlei.

Juristen wissen, dass jede Regierung früher oder später vor ähnlichen Problemen steht. Irgendwann nämlich ist der Punkt erreicht, an dem Politiker nicht mehr nur darüber diskutieren können, was man eigentlich tun sollte. Dann müssen jene hochkomplexen Texte geschrieben werden, ohne die eine moderne Gesellschaft ebenso wenig funktioniert wie ein Computer ohne Betriebssystem. Dann wird es konkret. Und dann sollte man da sein. Diskret. Verbindlich. Perfekt vorbereitet.

Die Bauwirtschaft war hocheifrig, dass die ÖPP-Novelle trotz Wahlkampf so zügig verabschiedet wurde. »Wir rechnen mit einem Auftragsschub«, kommentierte Hans-Peter Keitel, Präsident des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie und Vorstandschef des Essener Baukonzerns Hochtief. »Das Gesetz kommt zum richtigen Zeitpunkt.«

Nicht bloß das. Es bietet privaten Unternehmen weitere Vorteile. So müssen sie künftig keine Grundsteuern mehr zahlen, wenn sie von einer Stadt etwa ein Schulgelände übernehmen und betreiben. »Die kommunalen Spitzenverbände waren davon gar nicht begeistert, weil das Aufkommen

Ihr Wort wird Gesetz

aus der Grundsteuer den Kommunen zusteht«, erinnert sich Kleinlein. »Allerdings lief das Ganze so schnell durch das Gesetzgebungsverfahren, dass sie gar keinen Widerstand mehr organisieren konnten.«

Der Grundsteuereffekt illustriert, dass kleine Formulierungen große Auswirkungen haben können. Daraus erwächst die Möglichkeit von Einflussnahme. Schließlich könnten die Spezialisten versucht sein, einem Gesetzesentwurf einen harmlos scheinenden Halbsatz beizumischen, der zwar nicht im Sinne des Staates, wohl aber im Sinne ihrer kommerziellen Mandanten ist. Das zu beweisen wäre schwierig, denn Anwälte können sich meistens auf ihr Schweigerecht berufen.

Der Abgeordnete Bürsch ist jedenfalls zufrieden mit Anwalt Kleinlein, den er als »außergewöhnlich engagiert und kompetent« bezeichnet. Man darf so etwas auch erwarten bei einem Juristen, der üblicherweise 350 Euro für jede Stunde berechnet, in der er über die Probleme anderer Leute nachdenkt.

»Wie viel hat Ihnen die SPD-Fraktion gezahlt, Herr Kleinlein?«

»Nichts.«

»Wer hat Sie dann bezahlt? Die Bauindustrie?«

»Nein, ich habe von niemandem ein Honorar erhalten.«

»Wofür dann die Arbeit? Oder ist Ihre Kanzlei in Wahrheit eine gemeinnützige Organisation?«

»Es ist Teil unserer angelsächsisch geprägten Unternehmenskultur, der Gesellschaft auch etwas zurückzugeben, pro bono sozusagen. Dabei gibt es übrigens keine parteipolitischen Präferenzen, grundsätzlich würden wir jeden beraten. Na ja, vielleicht mit Ausnahme der Linkspartei.«

»Leben können Sie davon nicht.«

»Natürlich helfen solche Aufträge auch, die eigene Expertise auszubauen. Das kann sehr hilfreich sein, wenn es darum geht, später einmal kommerzielle Mandate von Unternehmen zu gewinnen, die ÖPP-Projekte planen. So gesehen, war das Ganze hier auch eine Art Investition.«

Am 18. November werden Kleinlein und einige andere am Gesetz beteiligte Anwälte vor den Abgesandten ebenjener Unternehmen stehen, auf einem Seminar in Berlin. Dann werden sie ihnen erklären, was die neuen Vorschriften bedeuten und wie man von ihnen profitieren kann.

2. Preis

Nikola
Sellmair



für ihren Beitrag
»Kollege Angst«
(Der Stern vom 31. März 2005)



Kollege Angst

Begründung der Jury:

»Anhand ganz unterschiedlicher Schicksale schildert die Preisträgerin, was es im Alltag heißt, Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes zu haben. Vom Facharbeiter bis zum Manager porträtiert die Autorin verschiedene Berufsgruppen, die sich trotz ganz unterschiedlicher Erwerbsbiographien mit ähnlichen Problemen und Nöten konfrontiert sehen. Dabei wird sehr deutlich, dass der drohende Arbeitsplatzverlust nicht „nur“ die individuelle „Tragödie des Alltags“ ist, sondern das Betriebsklima in Deutschland nachhaltig verändert und zu einer – aus Arbeitnehmersicht nachteiligen - Neuinterpretation von Arbeitnehmerrechten führt. Aufgrund der Bedeutung des Themas, der lebensnahen Schilderung der Schicksale und der Einordnung in größere Zusammenhänge hat sich die Jury für eine Berücksichtigung bei der Preisverleihung entschieden.«

Nikola Sellmair

geboren 1971 in München
Redakteurin Ressort Politik & Wirtschaft
Wochenmagazin »Stern«



Werdegang:

- seit 2000 Redakteurin im Ressort Politik & Wirtschaft des Stern
- 1997-1999 Politik-Redakteurin bei der Zeitschrift Brigitte
- Jahrelange freie Mitarbeit bei der Süddeutschen Zeitung, München, sowie bei der ZEIT, Hamburg
- Ausbildung zur Redakteurin an der Deutschen Journalistenschule (DJS) München
- Studium Diplom-Journalistik (Kommunikationswissenschaften, Politik, Betriebswirtschaft) an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Längere Auslandsaufenthalte unter anderem in Hong Kong (Spiegel TV, RTL), USA/ Washington (Außenministerium unter Madeleine Albright) sowie Kirgisien (Training für kirgisische Journalisten auf Einladung der George-Soros-Stiftung)

Auszeichnungen:

2005 Nachwuchspreis des Journalistinnenbundes für die stern-Reportage »Heute hier, morgen fort« über Mobilität in der neuen Arbeitswelt

Kollege Angst

Beitrag aus dem Wochenmagazin »Stern« vom 31. März 2005

Die Arbeitslosigkeit steigt. Und mit ihr die Zahl der Unternehmen, in denen sich Furcht und Misstrauen ausbreiten: Wen der Kollegen trifft es als Nächsten? Eine Klima-Studie in deutschen Betrieben

Unten im Erdgeschoss ist die Vorhölle. Dort laufen geduckte Gestalten mit ausdruckslosen Gesichtern über die Flure. Im ersten Stock sehen die Patienten ein bisschen ansprechbarer aus, und im zweiten wartet Ralf Vogler*, ein kleiner, freundlicher Mann mit Lachfalten um die Augen. In seinem Leben ging es immer aufwärts: Abitur, als Einziger aus seinem bayerischen 200-Seelen-Dorf. Studium, viele Jahre im Ausland, dann ein guter Job bei einem großen deutschen Versicherungskonzern. Frau, zwei Kinder, Eigenheim. Alles perfekt.

Anfang 2000 flüstern die Kollegen auf einmal von „einschneidenden Maßnahmen“, von „Rationalisierung“ und „Outsourcing“, und Ralf Vogler arbeitet noch ein bisschen härter. Weihnachten 2002 kommt die Kündigung, da schluckt er Johanniskraut und geht joggen um drei Uhr nachts. Seine Frau versteht nicht, was ihm den Schlaf raubt. „Du hast doch studiert, du musst doch was kriegen. Jetzt lach doch mal wieder“, sagt sie. Er weiß nicht, ob er mit Ende 40 eine neue Arbeit findet; wie soll er das Haus abbezahlen, den Kindern das Studium finanzieren? Sie findet, er grübelt zu viel. „Über Geld redet man nicht,

Geld hat man.“ Da brüllt der freundliche Ralf Vogler sie an, wie sie es noch nie erlebt hat in ihrer Ehe.

Ostern 2003 ist auf einmal sein Chef am Telefon: „Ralf, ich habe für dich gekämpft, du bist wieder eingestellt.“ Über ein Jahr geht alles gut. Weihnachten 2004 kommt die zweite Kündigung: Die ganze Abteilung ist jetzt überflüssig, heißt es aus der Zentrale, auch sein Chef. Da trinkt Ralf Vogler Alkohol, um die Angst vor der Zukunft zu betäuben, und rast nachts mit dem Auto bei lauter Musik über die Straßen. Sein Hausarzt schickt ihn in die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie eines Hamburger Krankenhauses, Abteilung 162b, zwei Stockwerke über der Vorhölle, wie Ralf Vogler die Station für schwere Fälle nennt. Er sitzt im Behandlungsraum zwischen Gummibäumen und versucht, den Menschen wiederzufinden, „der ich einmal war: offen, optimistisch, neugierig auf die Welt“.

Aber die Welt hat sich verändert: „Wenn es Hartz IV nicht gäbe, wenn es Deutschland besser ginge, wenn man wüsste, es geht aufwärts, dann wäre ich nicht so aufgewühlt“, sagt Ralf Vogler. An diesem Donnerstag werden die neuen Arbeitsmarktzahlen bekannt gegeben. Weit über 5,2 Millionen sind ohne Job, mehr als je zuvor. Nach vier Jahren Wirtschaftskrise hat die Angst vor dem Jobverlust jeden erwischt, den einfachen Handwerker auf dem Land, die Bank- und Versicherungsangestell-

Nikola Sellmair

ten in glitzernden Konzernzentralen und auch die Facharbeiter, die sich bis vor kurzem „beim Daimler“ oder der „Siemens-Familie“ noch wie verbeamtet fühlten. Laut einer Studie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) fürchten mehr als 70 Prozent der Deutschen, sie könnten ihren Job verlieren. Fast die Hälfte der Deutschen erwartet laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Stern, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse weiter verschlechtern werden, ein knappes Drittel hat Angst, in Armut abzurutschen.

Ralf Voglers Geschichte ist eine ganz normale Geschichte in diesen Tagen, sagt sein behandelnder Arzt Hans-Peter Unger. „Es sind keine Psycho-Wracks, die bei einer Krise am Arbeitsplatz plötzlich den Halt verlieren, es sind oft ehrgeizige, im Leben stehende Menschen, denen ihr Job besonders wichtig ist. „Ängste und Depressionen nehmen vor allem in Betrieben zu, die früher Sicherheit geboten haben: Staatsbetriebe, Banken, Versicherungen, Kliniken. Alle meine Patienten, vom Pförtner bis zum Topmanager, leiden darunter, dass der deutsche Nachkriegstraum vom immerwährenden Aufstieg zerplatzt ist“, sagt Unger.

Plötzlich sind wir alle Ossi: Die Ungewissheit, die nach dem Mauerfall fast alle ostdeutschen Arbeitnehmer beschlich, ist heute gesamtdeutsche Realität. Doch was passiert in einer

Job-Welt, in der Angst eines der vorherrschenden Gefühle ist? Wie verändert sich das Betriebsklima? Kämpft jeder nur noch für sich selbst? Kleben alle an ihrem Sessel, werden zu Jasagern und Duckmäusern - nur nicht auffallen, nur keinen Fehler machen?

DER CHIPDESIGNER Joseph Hielscher* war einer von den ersten 900 Mitarbeitern, die 2003 bei Siemens in München gehen sollten. Auf einmal stand sein Projektleiter vor ihm und den Kollegen, schwitzte und druckste: „So eine Scheiße, dass ich das machen muss, aber ich soll acht Leuten kündigen.“ Sofort kühlte das Klima in der Abteilung ab: Es wurde nicht mehr locker auf dem Flur geplaudert, alle arbeiteten verbissen vor sich hin, um die eigene Position zu retten. Die Gekündigten wurden gemieden, aus Scham, Hilflosigkeit und Angst. Joseph Hielscher nahm die Abfindung und ging: „Ich wollte einfach nur noch raus.“

Mark Stausen* ist immer noch drin, er nennt sich selbst einen „Überlebenden“. Vor knapp zwei Jahren, erzählt er, hat er die „Reise nach Jerusalem“ mitgemacht, als Standorte der Dresdner Bank zusammengelegt wurden und in seiner Abteilung von 25 Mitarbeitern 15 gehen sollten. Alle wurden einzeln zum Chef gerufen. „Es war wie ein zweites Bewerbungsgespräch. Vorher hatte die Geschäftsleitung eine Formel gemailt, mit der man seine Sozialpunk-

Kollege Angst

te ausrechnen konnte: Ich bin nicht verheiratet, kinderlos - schlecht. Ich bin seit der Lehre bei der Bank - gut.“ Mark Stausen erappte sich dabei, wie er seinen verheirateten Lieblingskollegen taxierte und sich fragte: „Der oder ich?“ Mehrere Wochen vergingen bis zur Entscheidung: „Keiner hat mehr richtig gearbeitet. Wir fühlten uns wie bei einem Survival-Camp, brachten uns gegenseitig Schokolade oder umarmten uns spontan auf dem Flur.“ Dann war klar: „Ich darf bleiben.“

Jetzt pendelt Mark Stausen jeden Tag insgesamt vier Stunden zu der Filiale, der er zugewiesen wurde, um fünf Uhr morgens klingelt der Wecker - und dann „gehöre ich der Bank, 16 Stunden lang“. Früher konnte er relativ eigenständig seine Kunden betreuen, heute gibt es jede Woche neue Zielvorgaben aus der Zentrale in Frankfurt: „Es gibt die Top Five, das sind Fonds und Kredite, die wir in dieser Woche an Kunden bringen sollen.“ Die Kunden seien in diesem System nur Erfüllungsgehilfen: „Denen soll ich Hasenköttel als Kaffeebohnen verkaufen. Kein schönes Gefühl.“ Die ganze Woche stehe er unter Strom, sagt Mark Stausen, denn am Ende werde geprüft, was er verkauft habe. Sein Ergebnis wird dann in einem Ranking mit dem anderer Filialen verglichen.

DAS ALTE PRINZIP von Stechuhr und ständiger Kontrolle ist zurück - in modernem Gewand. Kassiererinnen

müssen pro Minute eine bestimmte Zahl von Artikeln abrechnen, bei Reinigungskräften und Verkäuferinnen wird die Quadratmeterzahl hochgesetzt, um die sie sich zu kümmern haben. In einer Forsa-Umfrage für den Stern gaben mehr als 70 Prozent der Beschäftigten an, die Situation an ihrem Arbeitsplatz sei härter geworden.

In diesem Jahr hat Mark Stausen bislang überdurchschnittliche Ergebnisse, das gibt ihm ein gutes Gefühl. 2004 lag er unter Durchschnitt - „da habe ich nicht mehr durchgeschlafen“. Kündigen? „Wie denn? Die ganze Branche ist in der Krise. Und wenn ich als Letzter an einen neuen Arbeitsplatz komme, bin ich bei einer Entlassungswelle der Erste, der gehen muss.“ Aufbegehren, demonstrieren, mit Kollegen zusammen für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen? „Wogegen sollen wir denn kämpfen? Gegen die Gesetze des Kapitalismus? Dagegen, dass es da draußen ein Heer von Arbeitslosen gibt, die unsere Jobs williger und billiger machen würden? Im Vergleich zu denen geht's uns doch noch gut.“

Noch nie war die Position der Beschäftigten so schwach. Die Unternehmen machen Druck. Bei vielen Mittelständlern, bei manchen Konzernen steckt dahinter der Kampf ums wirtschaftliche Überleben, manchmal aber auch die Gier nach mehr Rendite. Ob bei Opel oder Karstadt, Miele oder Siemens - die Unternehmen stellen ihre

Nikola Sellmair

Mitarbeiter vor die Wahl: weniger Lohn, weniger Urlaub, mehr Arbeit - oder sie können gehen. Robert Koehler, Chef des Graphitherstellers SGL Carbon, früher einmal ein Teil von Hoechst, schickt Mitarbeiter, „die die Trendwende in den Köpfen noch nicht vollzogen haben“, gern nach China: „Die kommen geläutert zurück. Kennen Sie den Ausdruck 24/7? Der kommt aus China: 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche. Damit müssen wir konkurrieren“, sagt Koehler. 3.000 Stellen hat er seit 1999 gestrichen, auch von den Topmanagern haben 80 Prozent eine neue Position oder sind nicht mehr im Unternehmen: „Am Ende muss man Leute austauschen, die es nicht mehr schaffen, sich auf neue Umstände einzustellen.“ Das größte Problem sei die mittlere Führungsschicht mit ihrem „Beharrungsvermögen“. Aber die Basis im Unternehmen, die Arbeiter, die sehen, dass uns Inder und Polen die Aufträge wegschnappen, „die sehen die Macht des Faktischen. Die sagen, auch wenn es nötig ist, die 40-Stunden-Woche wieder einzuführen, dann machen wir das“.

Und es muss ja nicht einmal Polen oder Indien sein: Festangestellte sitzen in vielen Firmen neben Zeitarbeitern, die die gleiche Arbeit erledigen, aber weniger Geld verdienen und schon morgen rausfliegen können. Die Zahl der Leiharbeiter hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdoppelt, auch die Zahl der befristeten Stellen ist

rasant gewachsen. Ganze Firmenteile werden ausgegliedert, so zum Beispiel beim Chemieriesen Bayer, der rund ein Fünftel seiner 110 000 Angestellten in die Chemie-Neugründung Lanxess verstößt. Christian Berg muss sich erst daran gewöhnen, dass er jetzt nicht mehr „beim Bayer“, sondern bei Lanxess arbeitet: „Es heißt, bei Lanxess sind die Betriebsteile, die keine oder geringe Rendite machen. Ja, bin ich dann auch ein scheiß-unrentabler Mitarbeiter?“ Ab Mai wird der Wirkstoff, den er in seinem Labor als Betriebsmeister herstellt, nicht mehr gebraucht. Christian Berg sagt, er sei offen für Veränderungen, aber die ständige Ungewissheit zermürbe: „Ich habe manchmal das Gefühl, ich fahre im Blindflug auf eine Straßenkreuzung zu und weiß nicht, ob's da weitergeht.“

Sogar wer Gott als Arbeitgeber hat, ist nicht mehr sicher. Silke Walter* arbeitet hinter dicken Klostermauern als Kellnerin im Tagungshotel Walberberg bei Bonn. Ihre Chefs sind Mönche des Dominikanerordens, und deshalb hat sie sich hier immer gefühlt wie in „Abrahams Schoß“. Doch jetzt wird das Hotel geschlossen, es sei nicht mehr profitabel genug, sagt die Ordensleitung. „Über 40 Mitarbeiter müssen Ende des Jahres gehen“, sagt Silke Walter. Pater Bernhard, der Mönch, der für das Klosterhotel zuständig ist, hat bei der Ordensleitung für die Mitarbeiter gekämpft, bis nach Rom hat er geschrieben, aber es half alles nichts. Jetzt wird er nach

Kollege Angst

Hamburg strafversetzt und darf über den Fall nicht mehr öffentlich sprechen. Aber eine Rede zum Betriebsjubiläum von Dorthe Hackbusch* hält er heute noch. 25 Jahre ist sie jetzt als Kellnerin dabei. Pater Bernhard in weißer Kutte, mit dickem Bauch und Ohrring, umarmt sie. Ein junges Zimmermädchen sagt, eine solche Feier werde sie wahrscheinlich nicht mehr erleben: „Wenn ich älter bin, gibt's keine 25-jährigen Betriebsjubiläen mehr.“

Gerade unter den Jüngeren hätten die Zukunftssorgen deutlich zugenommen, so der Wirtschaftswissenschaftler Wolfgang Stegmann von der Fachhochschule Köln, der seit 15 Jahren Menschen zu ihren Ängsten am Arbeitsplatz befragt. Stegmann bemerkt den Wandel schon bei seinen Studenten: „Früher haben die von ihrem Traumjob gesprochen. Heute gehen sie pragmatischer und sorgenvoller an die Zukunftsplanung heran. Sie haben Panik, die Probezeit nicht zu bestehen. Sie wissen, dass ihre Einstiegsgehälter deutlich niedriger sein werden als die vor ein paar Jahren. Immer mehr werden auch als ewige Praktikanten ausgebeutet.“

Stegmann hat berechnet, dass die Folgen der Angst die deutschen Unternehmen im vergangenen Jahr 100 Milliarden Euro gekostet haben - doppelt so viel wie vor acht Jahren. Angstgesteuerte Mitarbeiter bringen mindestens 20 Prozent weniger Leis-

tung, sind häufiger demotiviert, greifen öfter zu Alkohol oder Aufputzmitteln, auch mobben sie häufiger Kollegen.

EIN BISSCHEN ANGST am Arbeitsplatz sei ja ganz gut, meint Stegmann: „Wohldosierte Angst steigert die Produktivität. Wer sich zu sicher fühlt, schlafte manchmal ab oder trifft leichtsinnige Entscheidungen.“ Doch schlimm sei es, wenn Angst missbraucht würde, etwa, um Mitarbeitern ständig mehr abzuverlangen, als sie eigentlich leisten könnten: „Dann lähmt die Angst irgendwann nur noch, alle ducken sich, passen sich an. Kreativität braucht einen gewissen angstfreien Raum. Langfristig verschleißt sie mit einem hohen Angstpegel ihre Mitarbeiter.“

Anja Franke* sitzt in einem Café. Als ein Mann am Nebentisch hustet, blickt sie gereizt in seine Richtung: „Ich fürchte mich vor jedem Virus.“ Sie war im vorigen Jahr oft krank, da haben ihre Chefs im Architekturbüro sie zu sich gerufen: „Wir können uns dich nicht mehr leisten, du fehlst zu oft. Bei der nächsten Krankheit fliegst du.“ Jetzt schleppt sich die 29-Jährige jeden Tag zur Arbeit, egal, wie schlecht sie sich fühlt, „zum Arzt gehe ich gar nicht mehr, der schreibt mich nur krank“. Sie schämt sich, weil sie sich so unter Druck setzen lässt, weil sie nicht einfach kündigt: „Ich sollte erhobenen Hauptes gehen.“ So wie einige Kollegen vor ihr. Aber die sind jetzt arbeitslos.

Nikola Sellmair

Früher wurden Leistungsschwächen in den meisten Betrieben noch toleriert; wer ein paar Tage Liebeskummer hatte oder ein paar Monate die kranke Mutter pflegen musste, wurde halt eine Zeit lang mitgezogen. Heute trauen sich viele Angestellte nicht mehr zu zeigen, wenn es ihnen schlecht geht. Der Krankenstand in deutschen Betrieben ist auf einem Rekordtief. 2003 arbeiteten laut einer AOK-Studie mehr als 70 Prozent der Beschäftigten auch dann, „wenn sie sich richtig krank“ fühlten. Auch im öffentlichen Dienst sei „nisch mehr mit Gemütlichkeit“, meint Doris Reimann, Frauenbeauftragte im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft. Frauen hätten Angst, Auszeiten für die Pflege kranker Angehöriger zu nehmen oder in Erziehungsurlaub zu gehen: „Die sagen, ich kann doch jetzt nicht raus, sonst bin ich ganz raus.“

Clara Dietrich* hat ihr Kind im Job als „eine Art Behinderung“ erlebt. Sieben Jahre hatte sie als Teamleiterin in einer Hamburger Werbeagentur geschuftet, und auch mit Babybauch saß sie bis acht Uhr abends am Schreibtisch. Doch nach dem halben Jahr Erziehungsurlaub sagte ihr Chef zur Begrüßung, sie sei ja jetzt leider nicht mehr voll einsetzbar. Sie bekam nur noch Praktikantenjobs, musste den Firmenwagen abgeben. Ihr Chef suchte nach Fehlern bei allem, was sie tat. Und tatsächlich, sie machte Fehler: „Ich saß

völlig angstgesteuert am Schreibtisch, mein Herz raste, ich kriegte nichts mehr hin.“ Irgendwann kapitulierte sie. Nun ist die Alleinerziehende arbeitslos. In Hamburg registrierte das Amt für Arbeitsschutz voriges Jahr 300 Versuche, Schwangeren und Müttern im Erziehungsurlaub zu kündigen - gesetzlich ist das verboten, immer mehr Firmen versuchen es trotzdem.

„Mit dem Kuschelklima in Betrieben ist es vorbei“, sagt Ute Schmidt-Brasse, die seit 1977 als Unternehmensberaterin arbeitet. Waren Entlassungen früher etwas Unanständiges, so seien sie heute Mittel der ersten Wahl. In einer Studie der Unternehmensberatung Roland Berger mit dem Titel „Restrukturierung in Deutschland - früher, schneller, härter, aber noch nicht gut genug“ geben 99 Prozent der befragten Firmen an, in einer Krise das Personal zu reduzieren.

WO DIE MITARBEITER FROH SIND, dass sie überhaupt noch einen Job haben, wird auch weniger dafür getan, sie zu motivieren. Wenn ein Hamburger Verlag die Weihnachtsfeier für die Mitarbeiter „aus Kostengründen“ in den Januar verlegt, wenn der Chef der Justizbehörde in Nürnberg seinen Mitarbeitern das Halten von Topfpflanzen auf Fensterbänken verbietet - Grund: die Pflege beanspruche kostbare Dienstzeit -, dann sind das nur lächerliche Vorkommnisse. Aber auch sie tragen bei zum schlechteren Betriebsklima,

Kollege Angst

weil sie dem einzelnen Mitarbeiter zeigen: Du bist uns nicht mehr so wichtig. Auch in Weiterbildung wird weniger investiert, hat Unternehmensberaterin Schmidt-Brasse festgestellt. „Firmen müssten ihre Mitarbeiter aber fachlich fit halten, wenn sie ihnen keinen sicheren Arbeitsplatz mehr garantieren können.“

Alexander Fräßle hat seine Weiterbildung selbst in die Hand genommen. Der 28-jährige Elektroniker arbeitet bei Opel Rüsselsheim. Die Diskussion über Werksschließungen bei Opel haben ihn „aus der heilen Welt gerissen“, sagt Alexander Fräßle. Er habe viele gestandene Männer weinen sehen in den vergangenen Monaten, er habe Solidarität erlebt, aber auch Duckmäuser- und Mitläufertum, sogar einen Kollegen, der gezielt andere anschwärzte, um seinen Arbeitsplatz zu retten. Alexander Fräßle begann, sich nach Feierabend durch Wirtschaftsbücher zu kämpfen: „Das war viel Fachlatein, aber ich wollte be-

greifen, was da mit uns passiert. Das Leben ist eben mehr als ‚Bild‘ und Glotze“, sagt er. Er überlegt, seine Aktien zu verkaufen: „Jeder, der Aktien hat oder Lebensversicherungsfonds, sägt an seinem eigenen Stuhl. Die Aktie geht rauf, wenn ich rausgeschmissen werde.“ Er ist in die SPD eingetreten, „um von der Basis her was zu verändern“, und er will sich neben dem Opel-Job noch selbstständig machen. Vor der Krise, sagt Fräßle, wollte er sein Leben genießen. Jetzt will er es verstehen und selbst bestimmen. „Denn es kann doch nicht sein, dass ich irgendwann einfach entlassen werde, und das ist es dann. Dass plötzlich nicht mehr zählt, was ich die letzten Jahre getan habe.“

*Name von der Redaktion geändert

Mitarbeit: Catrin Boldebeck, Markus Grill, Carola Kleinschmidt, Constanze Löffler, Brigitte Zander

3. Preis

Brigitte
Baetz



für ihren Hörfunkbeitrag
»Meinung für Millionen –
Wie Interessengruppen die
öffentliche Meinung beeinflussen«
(Deutschlandfunk, 26. August 2005)

Meinung für Millionen

Begründung der Jury:

»Der Beitrag schildert sehr anschaulich und hintergründig, wie und unter Einsatz welcher Methoden bestimmte Interessengruppen – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Bertelsmann Stiftung, Centrum für Hochschulentwicklung, Bürgerkonvent etc. – erfolgreich die öffentliche Meinung „manipulieren“. Anhand von Beispielen wird aufgezeigt, wie die genannten Interessengruppen als Dienstleister gegenüber den Medien fungieren, sich erfolgreich als neutral bzw. überparteilich darstellen, in welcher Weise neueste Erkenntnisse der Kommunikationsforschung nutzbar gemacht werden und schließlich Deutungshoheit über bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen erlangt wird - eine Deutungshoheit, die bei nüchterner Analyse ihren Ursprung in der Befriedigung von Partikularinteressen hat. Aufgrund der Tatsache, dass die genannten Initiativen sich als extrem effektiv und effizient erwiesen haben, dies den öffentlichen Diskurs nachhaltig beeinflusst und das Denken in Alternativen somit immer schwieriger erscheint, hat sich die Jury für die Berücksichtigung dieses Hörfunkbeitrags bei der Preisverleihung entschieden.«

Brigitte Baetz

Geboren 1964 in Würzburg
Freie Journalistin und Moderatorin in Köln



Werdegang:

- Freie Journalistin und Moderatorin in Köln mit den Schwerpunkten Medien und Politik
- Tätig für den Deutschlandfunk und andere Hörfunkanstalten der ARD, die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen und die Zeitschrift »Journalist«
- Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte und Romanistik in Würzburg, Köln und Salamanca
- Während des Studiums wissenschaftliche Hilfskraft im Deutschen Bundestag

Meinung für Millionen

Auszüge aus dem ca. 45minütigen Hörfunkbeitrag gesendet im Deutschlandfunk am 26. August 2005

MEINUNG FÜR MILLIONEN – WIE INTERESSENGRUPPEN DIE ÖFFENTLICHE MEINUNGSBILDUNG BEEINFLUSSEN

Sprecherin:

Sie heißen Bürgerkonvent, Deutschland packt's an, Konvent für Deutschland, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. So genannte Reforminitiativen fordern mit großen und kleinen Kampagnen den Wandel in Deutschland: hin zu weniger Sozialstaat und mehr Freiheit für den Markt. Weg von Regulierungen, die als lähmende Besitzstände empfunden werden, hin zu mehr Eigenverantwortung. Weg von Sozialversicherungssystemen, die über die Lohnnebenkosten finanziert werden hin zu privaten Vorsorgeanstrengungen. Mehr Engagement des Einzelnen, mehr unternehmerisches Handeln, Ruck statt Lähmung. „Fauler Sack, beweg Dich“, titelte der Bürgerkonvent in seinen Zeitungsanzeigen (...)

Zehn Millionen pro Jahr ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ihren Geldgebern wert. Sie ist die größte aller Reforminitiativen. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall, also der Dachverband der deutschen Metall- und Elektroindustrie, ließ die INSM gründen, nachdem eine Allensbach-Umfrage ergeben hatte, dass eine Mehrheit der Deutschen von der Marktwirtschaft nicht überzeugt ist. 42 Prozent hielten gar einen Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus für wichtig. Einen Bewusstseinswandel sollte die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft vorantreiben, so der Präsident von Gesamtmetall Martin Kanngießer - zugunsten der Interessen der Wirtschaft. Und das tut sie: mit Plakataktionen, mit herunter ladbaren, fertigen Beiträgen für Hörfunksender, mit dem Erstellen von Studien, mit der Vermittlung von Interviewpartnern und und und (...)

Dabei gibt sich die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft das Image des Überparteilichen, des Beratenden, des Wissenschaftlichen (...)

O-Ton Müller:

„Sie wissen was von Public-Relations-Arbeit. Sie wissen davon, dass man Aktionen machen muss, wie etwa dieses Plakat, das in die Spree gehängt worden ist in Berlin und den Untergang Deutschlands symbolisiert, wenn nicht Reformen passieren. Also, sie sind professionell schon ganz gut. Allerdings muss ich dazu sagen, wird es ihnen von den Medien auch leicht gemacht. Also, es liegt so offenbar auf der Hand, dass das eine Propagandaorganisation ist und dennoch wird diese Organisation, wenn sie einmal einen Kongress zu fachlichen Fragen

Brigitte Baetz

macht, als eine Art Fachorganisation, als eine objektive Organisation gewertet. Das dürfte überhaupt nicht passieren und das wundert mich völlig. Wie kann ein Journalist, wie können Medien diese Organisationen als sachliche Instanz wahrnehmen und vergessen, dass das eine Propagandakompanie ist? (...)

Sprecherin:

(...) die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft sammelt Leute aus allen Lagern um sich, zumindest, was die politische Couleur betrifft. Und doch haben die Botschafter, Kuratoren und sonstige Werbeträger der Initiative durchaus schon immer wirtschaftsliberale Tendenzen vertreten (...)

O-Ton Leif:

„Die haben sich dann einspannen lassen, teilweise aus Naivität, teilweise wahrscheinlich auch aus Überzeugung, für eine Ideologie. Und das Besondere bei dieser Initiative Soziale Marktwirtschaft ist, dass sie im Grunde professionell die klassischen Kriterien der Werbung verknüpft mit perfekter PR im Sinne der Beeinflussung von Journalisten. D.h. man hat alle professionellen Kriterien auf seiner Seite. Man hat ein großes Budget von weit über zehn Millionen Euro, man hat perfekte Agenturen. An der Spitze stehen früher sehr geschätzte Journalisten, die wissen, wie die Medien funktionieren und aus diesem Konglomerat des professionellen Handwerks sucht man die Öffentlichkeit zu beeinflussen, zu manipulieren und hat dafür diese Politiker auch noch als Botschafter gewonnen (...)

Sprecherin:

Neoliberale Thesen und Meinungen bestimmen heute die politische Agenda aller etablierten Parteien, sogar von Teilen der Gewerkschaften und der Kirchen, sowie der Mehrheit der Medien und Wissenschaft (...). Thomas Leif, Chefreporter des SWR und Vorsitzender der Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche, nennt dies den Siegeszug des TINA-Prinzips: „There is no alternative“ - Es gibt keine Alternativen. Ein Slogan Margaret Thatchers. Abweichende Meinungen zum Thema Umbau des Sozialstaates finden - soweit überhaupt noch vorhanden, kaum noch den Weg in die öffentliche Diskussion. Wenn der Zeitgeist der 70er Jahre Reform war: Reform als Begriff für den Ausbau sozialer Leistungen, so ist der Zeitgeist heute: Reform als Begriff für den Abbau sozialer Leistungen. Im Gegensatz zu den 70er Jahren gibt es darüber allerdings keine politische Debatte mehr (...)

Meinung für Millionen

Es gibt in Deutschland kein Politikfeld, das in seiner publizistischen Begleitung so einheitlich dokumentiert wird wie die Wirtschaftspolitik. Mit wenigen Ausnahmen, auch z.B. innerhalb der Financial Times Deutschland, neigen die Blätter und Sender den neoliberalen Reformkräften zu. Eine wirkliche inhaltlich kontroverse Diskussion jenseits von Beitragsbemessungsgrenzen und Renteneintrittsalter über die Frage, in welcher Art von Staat die Deutschen in Zukunft leben wollen, findet kaum statt.

O-Ton Leif:

„Und da spielen die zwei Ankerpunkte Stern und Spiegel eine ganz besondere Rolle, die in der deutschen Publizistik, in der Nachkriegsgeschichte eine ganz besondere Funktion hatten, die, merkt man jetzt erst, im Umkehrschluss, wie wichtig das war. Indem der Spiegel quasi einen Turnaround in eine überwiegend neoliberale Position wahrgenommen hat, gibt es auch für die anderen Redaktionen, die ohnehin eher dem Mainstream zugeneigt waren, kein Widerpart mehr“ (...)

Sprecherin:

Parallel zum neoliberalen Mainstream, der den Erfolg der Tüchtigen preist und deshalb die soziale Absicherung stärker privatisieren will, hat der Einfluss der PR auf den Journalisten deutlich zugenommen. Was das Recht von Lobbygruppen ist: nämlich zu versuchen, ihr Anliegen darzustellen und auch Einfluss geltend zu machen, wird immer mehr zum Problem, weil immer weniger Zeit in den Redaktionen auf Recherche verwendet wird. Themensetzung durch PR-Arbeit, wie sie von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft versucht wird, wird deshalb tendenziell immer leichter, so Ulrike Kaiser, Chefredakteurin der Fachzeitschrift Journalist.

O-Ton Kaiser:

Natürlich spielt da (... , Auslassung im Original) eine Rolle, dass es in den Redaktionen immer knapper wird, mit dem Etat auch für freie Mitarbeiter, dass es immer knapper wird mit redaktionellen Recherchemöglichkeiten, allein personell, aber mit Sicherheit auch materiell, und da stößt natürlich die Initiative mit ihren „Hilfestellungen“ auf einen durchaus fruchtbaren Boden“. (...)

Sprecherin:

In einer Mediendemokratie findet die politische Willensbildung weniger inner-

Brigitte Baetz

halb der Parteien als durch die Medien statt. Die traditionellen Milieus, die traditionellen Diskussionsforen existieren nicht mehr. Wähler wie Politiker orientieren sich an dem, was über die Medien transportiert wird und wie es transportiert wird. Themensetzung, das so genannte Agenda-Setting, findet mehr und mehr durch Interessengruppen statt, die außerhalb des parlamentarischen Systems agieren. Das kann durch einmalige und spektakuläre Aktionen geschehen, wie sie z.B. Greenpeace oder Robin Wood durchführen, oder durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit. Das spricht nicht per se gegen die Themen, die verhandelt werden. Doch für den Außenstehenden, den Bürger, den Mediennutzer ist die Art und Weise, wie Themen gemacht werden, nicht immer transparent.

O-Ton Mohn

„Es ist nicht die Erkenntnis eines besseren Weges, sondern es ist die Einführung einer anderen Lösung, die wirklich nachher den Fortschritt ausmacht. Wie wir es besser machen können, ist in dieser Welt an so vielen Orten und Ländern bewiesen. Die Frage ist nur: begreifen wir das, wollen wir das, können wir das ändern, ist unsere Verwaltung, ist unserer Staat fähig zur Evolution?“

Sprecherin:

Richard Mohn wurde von der Wochenzeitung „Die Zeit“ zum Unternehmer des Jahres gekürt. Und wirklich, sein Lebenswerk ist erstaunlich. Nicht nur, dass Bertelsmann eines der wichtigsten Medienunternehmen weltweit ist. Die von Mohn gegründete Bertelsmann Stiftung ist mit über 200 Mitarbeitern der wichtigste Think Tank der Bundesrepublik. Im Unterschied zu anderen Stiftungen ist sie keine Geldgeberin für Projekte, die dann von Dritten in eigener Verantwortung durchgeführt werden. Sie ist operativ tätig, d.h. sie legt ihre Themen und Projekte selber fest, setzt sie eigenständig um und evaluiert den Erfolg selbst. Seit ihrem Bestehen hat sie 428 Millionen Euro ausgegeben. 63 Millionen Euro betrug ihr Etat allein im Jahr 2003. Ob Kommunal- oder Europapolitik, ob Sozial- oder Gesundheitspolitik, ob Wirtschafts- oder Bildungspolitik - die Bertelsmann Stiftung tut nicht nur Gutes und redet darüber. Sie setzt Themen und Trends (...)

Die Zahl der Initiativen und Projekte, die die Gütersloher Stiftung anschiebt, ist kaum überschaubar. Allerdings geht es fast immer um Effizienz, Messbarkeit der Ergebnisse, Eigenverantwortung des Einzelnen und die Minimierung staatlichen Einflusses und staatlicher Verantwortung. (...)

Meinung für Millionen

Wissenschaftler, Politiker und Journalisten sind über Projekte, Kommissionen und Veranstaltungen der Stiftung mehr oder weniger verbunden. Es gilt als Ehre, eingeladen zu sein, denn damit wird signalisiert, dass man zu den Wichtigen und Gefragten im Land gehört (...). Was das Setzen öffentlicher Themen angeht, war die Stiftung besonders erfolgreich im Bereich der Hochschulpolitik. Detlef Müller-Böling, der Leiter des von der Bertelsmann-Stiftung weitgehend finanzierten Centrum für Hochschulentwicklung CHE, erläuterte gegenüber dem Journalisten Armin Himmelrath die Strategie der CHE.

O-Ton Müller-Böling:

(...) da haben wir unterschiedliche Instrumente. Wir haben das Instrument der Symposien, mit denen wir Agenda-Setting betreiben, also Themen zum ersten Mal auf die Tagesordnung bringen. Häufig außerordentlich umstritten. Also ich kann mich an sehr viele Symposien erinnern, wo dann heftigst diskutiert wurde, Themen im übrigen, die heute völlig in der Tagesordnung verschwunden sind. Also, ob das 'ne leistungsorientierte Mittelverteilung, Budgetierung ist, ob das neue Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, ob Hochschulräte sind und ähnliches. Die sind heute gang und gäbe im Hochschulsystem. Die wurden damals zum ersten Mal äußerst umstritten diskutiert. Wir haben das selber mit guten Beispielen, meist aus dem Ausland, garniert. Das ist ein wesentliches Instrumentarium. (...)

Sprecherin:

Wolfgang Lieb, ehemaliger Staatssekretär im Wissenschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen

O-Ton Lieb

(...) Im Prinzip ist auch das Centrum für Hochschulentwicklung an der Hauptlinie der Bertelsmann-Stiftung ausgerichtet: (...) Privatisierung der Politik, Eigeninitiative statt Sozialstaat, Wettbewerb statt politischer Gestaltung oder Wettbewerb statt demokratischer Gestaltung, und allenthalben betriebswirtschaftliche Effizienz, auch im Hochschulbereich und in allen Lebensbereichen.

Sprecherin:

Mitte der 90er Jahre startete das CHE eine Kampagne zur Einführung von Studiengebühren. Private Finanzierungsquellen sollten stärker zur Hochschulfinanzierung herangezogen werden, um Elemente des Wettbewerbs auch in die Hochschulfinanzierung einzubringen.

Brigitte Baetz

O-Ton Lieb:

“Das Centrum für Hochschulentwicklung hat es geschafft, die Hochschulrektorenkonferenz auf seine Seite zu bringen. Beide veröffentlichen unter einem Kopfbogen ihre jeweiligen Studien. Es arbeitet mit wissenschaftlichen Untersuchungen, die untermauern sollen, dass Studiengebühren zum Vorteil der Hochschulen wären. Sie arbeiten mit Umfragen, teilweise sogar mit manipulierten Umfragen. (...) Es gab eine große Umfrage, wonach 2/3 aller Studierenden für Studiengebühren seien. Gefragt wurde aber nur danach, ob man schon zu Beginn des Studiums oder im Verlauf des Studiums Studiengebühren bezahlen soll oder erst am Ende. Die Frage, ob überhaupt, wurde gar nicht mehr gestellt (...)

Und man muss fast sagen, es gibt kaum ein Wissenschaftsministerium mehr in Deutschland, das nicht Studien beim Centrum für Hochschulentwicklung in Auftrag gibt und dadurch übt natürlich die Bertelsmann-Stiftung einen massiven Einfluss auf die Länder, aber auch auf den Bund aus. Und man kann sagen: die Philosophie, die hier durch das Centrum für Hochschulentwicklung propagiert wird, ist inzwischen in allen Köpfen verbreitet und hat in allen, auch politischen, Institutionen oder den Parteien, voll und ganz Eingang gefunden. Ohne Bertelsmann-Stiftung läuft heute kaum ein Kongress mehr und ohne Bertelsmann-Stiftung macht kaum mehr ein Rektor eine Konzeptentwicklung für seine Hochschule. (...)

Sprecherin:

Sommerfest des Bürgerkonvents Bonn. Es sind nur ungefähr 20 Personen, die auf der Terrasse des Hotels Königshof mit Blick auf den Rhein den warmen Abend genießen. Gesponsert wird das Fest von der Signal Iduna. Zwei Vertreter des Versicherungskonzerns hatten zuvor ihre Ansichten zur Renten- und Gesundheitspolitik in Deutschland zum öffentlichen Vortrag gebracht (...)

(...)

Sprecherin:

Norbert Anhalt, Rechtsanwalt, Vorsitzender des Bürgerkonvents Bonn

O-Ton Anhalt:

„(...) der Bürgerkonvent ist der Versuch, der überparteiliche Versuch, den Reformstau im Land zu lösen. Wir haben gut fünf Millionen offizielle Arbeitslose, wir haben eine Rekordverschuldung und wir haben so gut wie kein Wachstum und vor dem Hintergrund hilft das alte Parteiengezänk nicht mehr weiter. Der Bürgerkonvent ist keine Partei, sondern ein Zusammenschluss von Bürgern, die

Meinung für Millionen

versuchen, diesen Reformstau, so wie Herr Miegel und Herr Biedenkopf das seit 30 Jahre versuchen, diesen Reformstau in den sieben Kernthemen aufzulösen. (...) Also vieles auch von Frau Merkel und Herrn Westerwelle geht in die richtige Richtung, aber bei weitem ist dieser Wurf noch nicht weit genug. (...)

Sprecherin:

(...) Dass sich hier eine Bewegung empörter Bürger gegründet hätte, lässt sich vor Ort nicht feststellen. 2.500 Mitglieder sollen es bundesweit sein. Doch die angekündigten Arbeitsgruppen und eine kontroverse Diskussion von Themen sind nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Der Internetauftritt und die so genannten Bürgerbriefe, die auf Anfrage an Interessierte verschickt werden, wirken wie eine Art verlängerte Öffentlichkeitsarbeit für den Spiritus Rector des Bürgerkonvents Meinhard Miegel. Der langjährige geistige Weggefährte des CDU Politikers Kurt Biedenkopf ist ein gern gesehener Talkshowgast. Als Leiter des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft hat er einen wissenschaftlichen Nimbus, den er auch für seine Bücher nutzt. Seine Themen sind auch die des Bürgerkonvents.

O-Ton Anhalt:

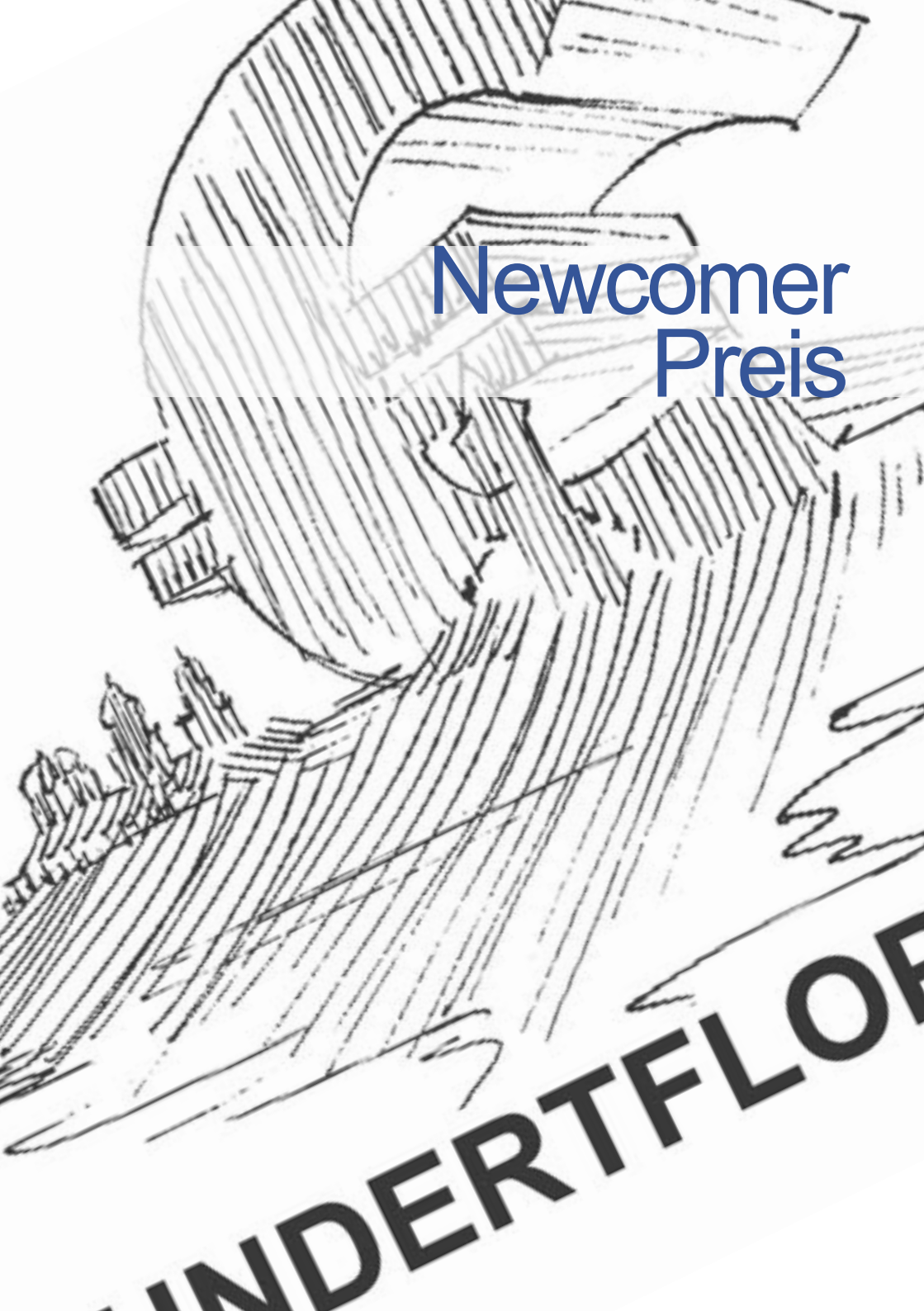
„Wir gehen davon aus, dass das Steuersystem nicht nur vereinfacht werden muss, sondern die Sätze müssen weiter reduziert werden“

Sprecherin:

Norbert Anhalt, Vorsitzender des Bürgerkonvents Bonn

O-Ton Anhalt:

„Wir gehen davon aus, dass der Arbeitsmarkt in Gänze dereguliert werden muss. Wenn man mit den Bürgern ehrlich umgeht, werden wir uns in Deutschland auf Dauer, was Gesundheit und Rente angeht, nur eine Grundversorgung leisten können“.



Newcomer Preis

Maximilian Popp



für seinen Beitrag
»Passauer Neue Mitte«
(Schülerzeitung Rückenwind
März 2005)

Begründung der Jury:

»Die „Passauer Neue Mitte“ sollte nach den Wunschvorstellungen einer einflussreichen Allianz aus (Lokal-) Politik und Wirtschaft ein Jahrhundertprojekt werden, wurde aber eher zu einem Jahrhundertflop. Der Autor hat sich die Mühe gemacht, den Ablauf des Gesamtprojekts zu verfolgen und dabei eine ganze Reihe von Details recherchiert, die geradezu ein Lehrbeispiel dafür abgeben, wie Demokratie nicht funktioniert. Amts- und Machtmissbrauch, Manipulation, Entmündigung der Bürger sind nur einige Stichwörter, die die Vorgänge beschreiben. Die Jury hat sich für die Berücksichtigung dieses Beitrags entschieden, weil der Autor einflussreiche Akteure herausgefordert hat, dabei „ehrenamtlich“ arbeitete und insgesamt ein Beispiel dafür liefert, wie Einsatz und Engagement im Auftrag des Gemeinwohls aussehen kann. Nachahmer sind natürlich herzlich eingeladen.«

Geboren 1986 in Passau
Schüler der Henri-Nannen-Journalistenschule



Werdegang:

- Adalbert-Stifter-Gymnasium Passau, Abitur: Juni 2005
- Chefredakteur der Schülerzeitung Rückenwind; 2002-2005
- Gründer und Chefredakteur des Jugendmagazins Intermezzo, seit 2002
- Praktikum bei Spiegel Online, Juli-September 2005
- Praktikum bei der Zeit, August 2004
- Praktikum in der Lokalredaktion der Passauer Neuen Presse, August 2003

Auszeichnungen:

- 2. Platz Spiegel-Schülerzeitungswettbewerb 2005
- Gesamtsieger Spiegel-Schülerzeitungswettbewerb 2004
- 2. Platz beim Reportagewettbewerb der Zeit, März 2004

Passauer Neue Mitte

Auszug aus der Schülerzeitung »Rückenwind« März 2005

JAHRHUNDERTFLOP

Es sollte das „Passauer Jahrhundertprojekt“ werden: Die Gestaltung der Innenstadt nach dem Abriss der Nibelungenhalle. Doch von den ehemals großen Visionen ist nur ein kümmerlicher Rest geblieben. Am Ende war es eine politische Schlamm Schlacht. Medien und Politiker machten sich zum Handlanger eines dubiosen Hamburger Konzerns. Hintergründe eines lokalen Trauerspiels.

(...) Dass der „Krieg um Passau“, wie ein Mitglied des Stadtrates es formulierte, nicht mit friedlichen Umarmungen enden würde, war vorab klar. Zu hart waren die Auseinandersetzungen in den vorausgegangenen Wochen, zu brisant das Thema. Seit sich ein Bürgerbegehren für eine „maßvolle Gestaltung der Neuen Mitte“ abzeichnete und seit Oberbürgermeister Zankl dieses als „die größte Gefahr für Passau seit den Nazis“ ausgemacht hatte, war die Stadt polarisiert. Unerbittlich wurde über die Frage gestritten, wie die durch den Abriss der Nibelungenhalle entstandene Lücke im Stadtzentrum geschlossen werden könne.

Bereits im April 2003 segnete der Stadtrat ein Konzept ab, das auf dem Nibelungenhallengelände ein Hotel nebst Parkhaus vorsah. Wenige Meter westlich davon sollte der Hamburger Konzern ECE ein Einkaufszentrum errichten. Das Areal dafür hatte die Stadt erst wenige Monate zuvor für 4 Millionen Euro von der Deutschen Bahn AG erworben.

Das Modell „Neue Mitte“ scheint abgemacht, die Verträge mit Hauptinvestoren

tor ECE und weiteren Nebeninvestoren stehen kurz vor der Unterzeichnung, als sich drei Herrschaften an einem Sonntag Mittag im März 2004 im Gasthof Bayerischer Löwe zu einer konspirativen Sitzung treffen. Es ist ungewöhnlich kalt an diesem Tag im März. Drinnen ist man sich bei Weißwurst und Kaffee sehr schnell einig: Die „Neue Mitte“ nach derzeitigem Planungsstand ist eine Katastrophe für Passau und muss verhindert werden, so der Konsens.

„Wir wollten Passau vor einem Jahrhundertfehler bewahren“, sagt Professor Dr. Bernhard Haffke, Dekan der juristischen Fakultät Passau und Initiator des Aufstandes. Anselm Lienen, der zweite in dem Dreierbund, hatte die Idee eines Bürgerbegehrens, Dr. Werner von Glasenapp stimmte zu, somit war das Bürgerbegehren für eine „Maßvolle Neue Mitte“ geboren, der „Sturm aufs Rathaus“ beschlossen. Bis zum 13. April sammeln Haffke, Lienen und von Glasenapp 2400 Unterschriften, genug, um das Bürgerbegehren zur Abstimmung zu bringen. Genug auch, um alle weiteren Planungsschritte vorerst zu stoppen. (...)

Maximilian Popp

Anfang Juli folgt der nächste Streich der ECE-Strategen. Im Zuge einer bezahlten Werbefahrt karren sie 500 Passauer nach Kempten. In den Bussen servieren adrett gekleidete Hostessen den Reisenden Brötchen und kalte Getränke. In Kempten angekommen, werden sie durch das „Forum Allgäu“ geführt, ein ECE-Einkaufszentrum nach dem selben Muster, wie es in Passau entstehen sollte. Was die Reisenden besonders begeistert: In der Kemptner Innenstadt ist mächtig was los. Menschenmengen drängeln sich durch die Gassen, Jazzmusik spielt, Luftballons wirbeln über den Dächern. ECE-Manager Joseph Schüller verkündet stolz: „Gerade wegen des ECE-Centers stept hier in der Kemptner Innenstadt wieder der Bär. Die Leute des Bürgerbegehrens lügen, wenn sie behaupten, unser Center würde zum Aussterben der Fußgängerzone führen. Am Beispiel Kempten sieht man, dass das genaue Gegenteil der Fall ist.“ Am nächsten Tag berichten Passauer Neue Presse und Passauer Woche unisono von dem Heilsbringer ECE, der es schaffe „selbst tote Städte wie Kempten wieder zum Leben zu erwecken“. Was beide Zeitungen verschweigen: das gesamte Spektakel war inszeniert. Denn just an dem Tage der Passauer Kaffeefahrt fand das Kemptner Stadtfest statt. Die ausgelassene Stimmung und die vielen Menschen waren also nicht, wie von Schüller behauptet,

Folge des Einkaufszentrums, sondern eines Festes.

Der Kemptner Alltag sieht anders aus. Der Einzelhandel vermeldet Umsatz einbußen von 20%, fast wöchentlich müssen Geschäfte schließen, sie werden von der Last des Konkurrenten „Forum Allgäu“ erdrückt. „Seit das Kaufhaus hier steht, verodet die Stadt. Man kann Passau nur vor diesen Leuten warnen“, sagt Rüdiger Mayer, Vorsitzender des schwäbischen Einzelhandelsverbandes. Rückenwind spricht Joesph Schüller auf die offensichtliche Augenwischerei seines Konzerns an. „Ich stehe zu unseren Kaffeefahrten“, entgegnet dieser nur. (...)



SCHWARZ
BUCH

Newcomer
Preis

Andreas
Hamann



Gudrun
Giese



für ihren Beitrag
»Schwarzbuch Lidl«

Schwarzbuch Lidl

Begründung der Jury:

»Betriebsratsgründungen werden verhindert, Mitarbeiter ohne Grund gekündigt, die Rechte von Arbeitnehmer/innen mit Füßen getreten, der gezahlte Lohn reicht kaum zum Leben. Dies ist keine Beschreibung von Arbeitsverhältnissen aus vergangenen Tagen, sondern spiegelt aktuelle und reale Erfahrungen im Einzelhandel wieder – wobei der Befund auch auf andere Bereiche des Dienstleistungsgewerbes ausgedehnt werden kann. Das Schwarzbuch Lidl dokumentiert solche Fälle, präsentiert sie einer größeren Öffentlichkeit und sorgt dafür, dass die offene Missachtung des Gesetzes und aller guten Sitten nicht stillschweigend hingenommen wird. Die Jury hat sich für eine Berücksichtigung bei der Preisverleihung entschieden, weil mutig gegen Missstände angegangen wird, gründlich recherchiert wurde (keine Niederlagen vor Gericht) und das Schwarzbuch Lidl inzwischen zu einer Art Referenzgröße für ähnliche Projekte geworden ist.«

Andreas Hamann

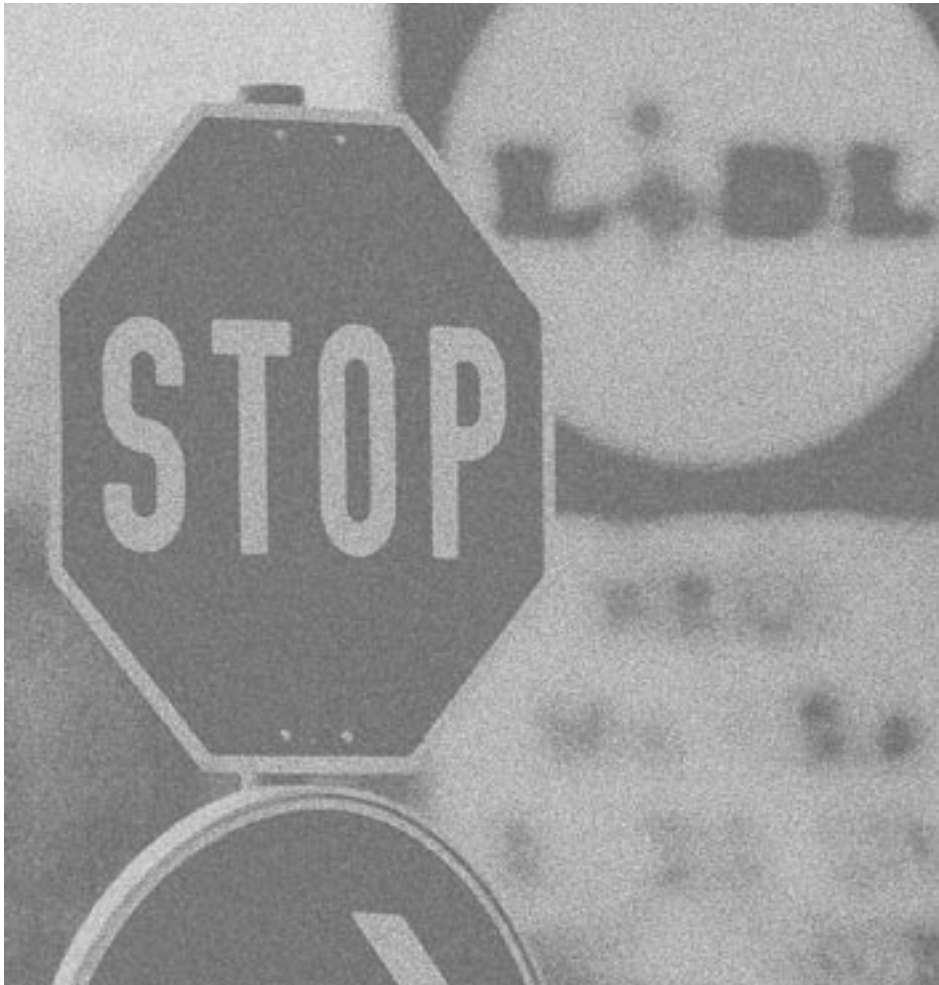
Geboren 1950 in Hamburg
Freier Journalist



Werdegang:

- Ab 2003 Konzeption und Recherchen für »Schwarzbuch Lidl«
- Seit 1992 Gesellschafter Medien-Agentur bleifrei (Berlin)
- 1974/75 Volontariate bei verschiedenen Zeitungen, Beginn der journalistischen Tätigkeit
- Ausbildung als Fotograf (Gesellenprüfung); Arbeit als freier Fotograf sowie Entwickler und Messtechniker in einem Filmkopierwerk (Geyer/Berlin)
- In den 70er, 80er und 90er Jahren längere Studien- und Arbeitsaufenthalte in Lateinamerika (Peru, Chile, Nicaragua)

Schwarzbuch Lidl



Gudrun Giese

Geboren 1962,
Freie Journalistin



Werdegang:

- Seit Ende 2003 Freiberuflerin für Gewerkschafts- und andere Publikationen
- freie Autorin Mitbegründerin des Pressebüros „transit“
- Redakteurin bei „Berliner Stimme“, „zitty“, „taz“ und „Demokratische Gemeinde“
- Diplom-Politologin und Journalistin

»EINE STUNDE FRÜHER KOMMEN IST PFLICHT«

Kein seltener Fall: Ehemännern oder Freunden von Lidl-Kolleginnen platzt irgendwann der Kragen, weil sie ganz nah mitbekommen, unter welchen Bedingungen ihre Frauen bzw. Partnerinnen vor Ort in der Filiale ackern. Zum Beispiel Herr L. aus Halle/Sachsen-Anhalt.

»Meine Frau arbeitet seit fast drei Jahren bei Lidl und ich könnte ein Buch über die teilweise katastrophalen Zustände verfassen«, schrieb er im November 2004 an ver.di. Hier sein Einblick in den Arbeitsalltag, der beim Thema unbezahlte Mehrarbeit in dieser Filiale offenbar besonders krass ist.

»Arbeitszeit: Es wird so gehandhabt, dass es z.B. bei der Frühschicht eine Schicht gibt von 8.00 bis 12.30, was bedeutet, dass man spätestens um 7.00 auf Arbeit sein muss und frühestens um 14.30 die Kasse verlassen darf. Was ich sagen möchte: Eine Stunde früher kommen ist Pflicht. Wer nicht mitmacht, bei dem werden Testwagen gefahren u. s. w.

Seit neuestem werden Praktikanten im Schichtplan als volle Arbeitskraft

eingerechnet mit 8 Stunden, was wiederum bedeutet, dass festeingestellte Kassiererinnen (trotz Überstunden) nicht auf ihre Stunden kommen. In der Spätschicht gibt es dasselbe Spiel: Eine Stunde mindestens früher kommen, bis Ladenschluss wird bezahlt, aber bis 21.00 oder später wird gearbeitet. Samstags sind immer dieselben dran, 3 Samstage hintereinander sind keine Seltenheit.

Arbeitsbedingungen: Den ganzen Tag in der Kasse sitzen, ohne Pause, ist der Alltag bei Lidl. Nebenbei wird verlangt, Paletten abzupacken. Wer es nicht schafft, arbeitet nach (umsonst). Dabei im Kopf immer der Druck: Keine Kassendifferenz, Testwagen, nicht zu wenige Positionen beim Kassieren. Meine Frau hat wegen Testwagen schon eine Abmahnung, wegen Kassendifferenz zwei.

Das Motto ist bei Lidl, wer mit dem Strom mitschwimmt, hat seine Ruhe. Manchmal gibt es von irgendwoher die Anweisung, die Richtlinien im Punkt Arbeitszeit einzuhalten, aber nach 2 Wochen ist meistens wieder alles beim alten, leider.«

PROTOKOLL VOM NOVEMBER 2004: ERLEBNISSE EINER LIDL-BESCHÄFTIGTEN

Einarbeitung: »Bei der Einstellung hieß es, niemand sei hier zum Denken da, sondern nur zum Arbeiten. Nach ein oder zwei Arbeitstagen wurde ich zum Vertriebsleiter ins Büro gerufen; er blieb sitzen, ich stand vor dem Schreibtisch. Dann fragte er mich ab wie eine Schulanfängerin: Er nannte eine Obst- oder Gemüsesorte aus dem Sortiment, und ich musste ihm die korrekte Wiegenummer nennen. Ebenso wurde ich zum Vertriebsleiter gerufen, wenn ein Kassensurz anstand. Bei zu hohem Fehlbetrag gab es dann gleich einen lautstarken Kommentar.«

Beleidigungen und Drohungen: »Der Vertriebsleiter setzt die Verkäufer/innen und Filialverantwortlichen stark unter Druck. Einige Standardsprüche lauten: ‚Sie sind zu blöd zum Bestellen. Sie sollten aufhören zu arbeiten; sie sind zu alt. Sind Sie zu doof, das Brot einzuräumen? Es gibt über vier Millionen Arbeitslose, wollen Sie dazugehören?‘«

Neue Aufgaben: »Das gesamte Lidl-Personal wird seit einiger Zeit in Bezug auf Pharmaerzeugnisse geschult – wobei das Unternehmen bis heute nicht

zugegeben hat, dass es demnächst solche Produkte verkaufen wird. Mir stellt sich die Frage, woher die Zeit und auch – trotz Schulung – das Wissen kommen soll, um potenzielle Kunden richtig zu beraten. Was soll ich denn antworten, wenn ein älterer Mensch mich nach der Verträglichkeit eines Pharmaproduktes mit seinen sonstigen Arzneien fragt? Wir Lidl-Verkäufer/innen sind doch keine Apotheker oder Ärzte!

Seit einiger Zeit müssen die Kassierer/innen das Pfandgut entgegennehmen – auf diese Weise wurde eine Stelle gespart. Dafür leidet die Hygiene unter dieser Zusatzarbeit, denn oft enthalten die Flaschen noch Getränkereste, die uns Kassiererinnen an den Händen kleben. Zum Händewaschen zwischendurch ist aber nie Zeit, so dass wir mit verschmutzten Fingern Obst, Gemüse und die übrigen Waren anfassen.«

Sauberkeit & Schwerstarbeit: »Wir haben zwar keine Zeit, unsere Hände zu waschen, aber der Laden muss blitzen. Vor einiger Zeit wurde das Reinigungsrepertoire erweitert: Regalränder werden nun mit Zahnbürste und Schwamm

Schwarzbuch Lidl

geschrubbt. Handschuhe stellt Lidl weder für Reinigungsarbeiten noch für die Auspackerei. Da wir ständig zwischen Kasse, Auspacken und Putzen wechseln, sehen unsere Hände oft unsauber und meistens auch zerschrammt aus. Denn Auspacken müssen wir unter enormem Zeitdruck, und bei Lidl wird jede Ecke Platz genutzt. Da splintern dann die Fingernägel, Arme und Hände bekommen manchen Kratzer ab, wenn innerhalb von zehn Minuten eine Konservenpalette abgeräumt sein soll. Da bei den Lieferanten in der Mehrzahl Männer arbeiten, sind die Paletten bis zu 1,80 Meter hoch. Kartons wiegen im Einzelfall zwanzig bis dreißig Kilo. Da müssen wir Verkäuferinnen beim Abladen zwangsläufig über uns hinauswachsen. Die Rückenbeschwerden kommen später.«

Arbeitszeiten: »Lidl hat – wie andere Handelsunternehmen – seine Ladenöffnungszeiten ausgedehnt, aber für diese Mehrstunden nicht etwa neues Personal eingestellt. Die zusätzliche Arbeitszeit wurde einfach auf die vorhandenen Mitarbeiter/innen verteilt.

Bezahlt wird immer erst ab morgens 7 Uhr, doch wir fangen um 6 an, um die Arbeit zu schaffen. Genauso ist es am Abend: bis 20 Uhr wird gezahlt, doch oft genug arbeiten wir bis 20.45, ja manchmal sogar bis 21.30 Uhr. Früh- und Spätdienst wechseln ständig ab, und viele von uns bekommen im Lauf der Zeit echte Schlafprobleme. Eine Pause dauert maximal 15 Minuten, aber oft genug fällt sie aus oder wird mehrmals unterbrochen. Ich selbst habe – wie viele – einen 80-Stunden-Vertrag. Doch tatsächlich komme ich auf mehr als hundert, in manchen Monaten sogar auf 130 Arbeitsstunden. An freien Tagen besteht ständig die Möglichkeit, in die Filiale beordert zu werden, weil die eingeteilten Kolleginnen die Arbeit nicht schaffen können.«

An der Kasse: »Seit kurzem gilt die Anweisung, dass die Kassiererin nach einer Kollegin klingeln soll, sobald sich der oder die dritte Kunde/in an die Kasse anstellt. In der Praxis funktioniert das nicht gut: Angenommen, der dritte Kunde hat bereits seine Waren auf mein Band gelegt, die Kollegin macht

die zweite Kasse auf, aber es kommen in nächster Zeit keine weiteren Kunden zum Bezahlen. Dann eilt sie zurück in den Laden, um weiter Ware auszupacken. Kurz darauf klingelt es wieder...

Weiterer Stress entsteht durch die ständigen Tests: Manchmal sind es Mitarbeiter aus Sicherheitsfirmen, manchmal aber auch Lidl-Kollegen oder Freunde von Vertriebsleitern, die uns ‚auf die Probe‘ stellen. Im Lauf der Zeit lernt man die Tricks: Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen etwa legen oftmals vier Artikel aufs Band, drei weitere sind im Wagen versteckt. Etwa im ‚toten Winkel‘, den wir Kassiererinnen schwer einsehen können oder unter einem Prospekt, einem Karton oder, oder. Manche Testkäufer bringen aber auch Kinder mit, die dann ein Produkt in der Hand halten. Waren werden in Milchkartons versteckt oder hinter Getränkeflaschen. Für uns bedeutet das, dass wir uns vom Kassenraum aus vorbeugen und schwere Kartons hochheben müssen. Das geht ziemlich schnell auf den Rücken. Wer allerdings zweimal bei Testkäufen etwas übersieht, bekommt eine Abmahnung.«



Recherche- Stipendium

Astrid
Geisler



Titel des geplanten Beitrags:
»Das vergessene Land?
Über den leisen und stetigen
Aufstieg der Rechtsextremen
in Ostvorpommern«

Geboren 1974 in Gießen
Redakteurin der »tageszeitung«



Begründung der Jury:

»Die Preisträgerin will in Ostvorpommern mehrere Wochen recherchieren und der Frage nachgehen, worauf der wachsende und überregional kaum beachtete Erfolg der Rechtsextremen in dieser Region zurückzuführen ist. Dazu wird sie neben der Aufarbeitung von Dokumenten und Sekundäranalysen Interviews mit Bürgern und Bürgerinnen sowie mit Vertretern von Politik, Wissenschaft und Verwaltung aus der Region führen. Da die Preisträgerin schon in anderen Zusammenhängen ihre Kompetenz im Bereich der Berichterstattung über Rechtsextremismus bewiesen hat und das Thema leider nach wie vor von hoher Bedeutung ist, hat sich die Jury für die Vergabe des Stipendiums entschieden.«

Werdegang:

- Seit 2004 Redakteurin der »tageszeitung«, Schwerpunkt Rechtsextremismus
- 2002 bis 2004 Norddeutschland-Korrespondentin für AFP
- 2000 bis 2002 Redakteurin der Netzeitung in Berlin
- 1994 bis 2000 Studium der Diplom-Journalistik, Universität München
- 1997 Stipendiatin der französischen Regierung, Politikstudium am Institut d'Etudes Politiques de Paris (IEP), Praktikum in der französischen Nationalversammlung
- 1994 bis 1999 33. Lehrredaktion der Deutschen Journalistenschule, München

Veröffentlichungen und Preise

- Reportage-Veröffentlichung im Sammelband „Das ganze Deutschland. Reportagen zur Einheit“ (2005)
- Nachwuchs-Reportage-Preis „Ostenergie“ (Vattenfall, 2003)

TITEL DES GEPLANTEN BEITRAGS: DAS VERGESSENE LAND? ÜBER DEN LEISEN UND STETIGEN AUFSTIEG DER RECHTSEXTREMEN IN OSTVORPOMMERN

In vielen Orten im Nordosten Mecklenburg-Vorpommern unweit der polnischen Grenze hat die NPD bei der Bundestagswahl ähnlich gut abgeschnitten wie in ihrer Vorzeigeregion, der Sächsischen Schweiz: 16,8 Prozent der Stimmen in Bargischo, 16,6 Prozent in Neukirchen, 15,5 Prozent in Postlow, 14,6 Prozent in Ziethen.

Die Wahl bestätigt, wovon Opferberatungsstellen und mobile Beratungsteams seit mehreren Jahren warnen. In der Bevölkerung stoßen Rechtsextreme mit ihrem Gedankengut zunehmend auf Rückhalt und das, obwohl im Gegensatz zur Sächsischen Schweiz bisher weder NPD noch DVU oder Republikaner nennenswerte Strukturen in der Gegend aufgebaut haben. Trotzdem ist zu befürchten, dass bei der Landtagswahl im Herbst 2006 die NPD einen weiteren Wahlsieg feiern können, zumal dann, wenn die genannten Parteien im Vorfeld der Wahlen ihren personellen und materiellen Einsatz vor Ort deutlich erhöhen.

Die Jury hat den Antrag auf ein Recherchestipendium im Rahmen des Otto Brenner Preises aus mehreren Gründen positiv beschieden. Auf einen kurzen Nenner gebracht, ist das Thema Rechtsextremismus nach wie vor von großer Relevanz, leidet aber häufig unter kurzatmiger Berichterstattung, die kaum einen Blick hinter das Offensichtliche erlaubt. Aufgrund der Vorarbeiten und Vorüberlegungen der Preisträgerin kann erwartet werden, dass das geplante Reportage-Dossier sich positiv von der breiten Masse der Berichterstattung abhebt, Aufmerksamkeit auf ein nach wie vor in den Medien unterrepräsentiertes Thema lenkt und nicht nur Sachverhalte beschreibt, sondern auch aufzeigt, wo Politikverantwortliche, Vereine, Organisationen und engagierte Bürger wachsam sein müssen bzw. aktiv eingreifen können. Nicht zuletzt gilt auch hier, dass die Wahrnehmung und das Verstehen eines »Problems« immer am Anfang eines adäquaten Umgangs mit selbigem steht.

Da gründliches Arbeiten und Recherche in der Hektik des Redaktionsalltags schlichtweg nicht (mehr) möglich ist, wird sich die Preisträgerin zwei bis drei Wochen Zeit nehmen und vor Ort entsprechend des Mottos der Ausschreibung des Otto Brenner Preises recherchieren.

Die Stipendiatin, die bereits in Vorarbeiten ihre Kompetenz im Bereich der Berichterstattung über Rechtsextremismus unter Beweis gestellt hat, hat für ihre Recherchen ein ganzes Bündel an Leitfragen formuliert. Dieser Fragenkatalog beinhaltet die Betrachtung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Region, die sich durch hohe Arbeitslosigkeit und dadurch induzierte Abwanderung auszeichnet. In einem weiteren Schritt erfolgt eine nähere Analyse der Strategie der »Rechten«, das heißt, deren Binnenstruktur, Auftreten in der Öffentlichkeit, Arbeit in politischen Gremien (zum Beispiel Kreisparlamente) und strategischer Ansatz zur Stimmenmaximierung. Schließlich werden Fragen der politischen Kultur der Region und Einstellungen zur Demokratie thematisiert; auch dies vor dem Hintergrund der starken sozialen Verwerfungen und eines weit verbreiteten Gefühls der Marginalisierung.

Schon im Vorfeld der eigentlichen Recherche hat die Stipendiatin Kontakte zu einer Vielzahl von relevanten Akteuren geknüpft, die für Interviews zur Verfügung stehen. Das Spektrum der Interviewpartner reicht dabei von rechtsextremem Protagonisten über im Kampf gegen Rechtsextremismus engagierte Bürger und Bürgerinnen bis hin zu Landespolitikern, Fachreferenten der Verfassungsschutzorgane, Vertretern der Arbeitsmarktverwaltung, Vertretern der örtlichen Wirtschaft und Gewerkschaften. Ein besonderes Augenmerk wird auch auf die Personengruppen geworfen, die nach jetzigem Stand des Wissens als wahrscheinliches bzw. mögliches »Klientel« der Rechtsextremen erscheinen; in diesem Zusammenhang soll beschrieben werden, aus welchen Motiven heraus eine Affinität zu rechtsextremen Parteien entsteht bzw. welche Faktoren diesen Prozess fördern.

Recherche- Stipendium

Golineh
Atai



Titel des geplanten Beitrags:
»Auslandsadoptionen im
globalen Kindermarkt«

Auslandsadoptionen

Begründung der Jury:

»Die Preisträgerin wird mittels der bereitgestellten Summe vor Ort in Indien recherchieren, wie der vermeintlich gute Zweck sich bei näherer Betrachtung als profitgesteuertes „Gewerbe“ enttarnt. Auch in diesem Fall gilt, dass bestimmte Themen, Skandale und Missstände nicht in den Fokus der Öffentlichkeit geraten, sei es aus Desinteresse, mangelnder Vermarktungsfähigkeit, mangelnden Ressourcen oder schlichtweg Unkenntnis. Die Verleihung des Preises soll einen Beitrag dazu leisten, dass gerade auch solche Themen die Aufmerksamkeit erfahren, die sie verdienen.«

Golineh Atai

Geboren 1974 in Teheran (Iran)



Werdegang:

- August 2004 Produktion von »Menschen Hautnah« für den WDR (ausgestrahlt März 2005), Reise nach Indien
- 2004 Vertretung des Korrespondenten im ARD-Studio Kairo, Reisen in den Libanon und in den Sudan
- 2003 Mitarbeit im SWR-Irak-Pool, Bearbeiter-Beiträge für Tagesschau und Tagesthemen
- 2002 Fernseh-Reporterin bei »Rheinland-Pfalz aktuell«, SWR Mainz
- 2001 bis 2002 Volontariat bei SWR und ARD
- 1996 bis 1997 Stipendiatin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an der Université Charles de Gaulle, Lille

Praktika und freie Mitarbeit:

Rhein-Neckar-Zeitung Heidelberg, SDR Stuttgart, Radio France Internationale Paris, ZDF, Phoenix, Institut für Auslandsbeziehungen Stuttgart, Deutsche Unesco-Kommission Bonn, Bundespresseamt Berlin

TITEL DES GEPLANTEN BEITRAGS: AUSLANDSADOPTIONEN IM GLOBALEN KINDERMARKT

Ende 2003 warteten mehr als 10.000 deutsche Paare auf ein Adoptionskind; ein Drittel aller adoptierten Kinder kamen aus dem Ausland – in Zahlen 1720 von 5330. Der Anteil der Auslandsadoptionen ist dabei seit Jahren im Steigen begriffen, nicht zuletzt aufgrund eines steigenden Adoptionsbedürfnisses bei gleichzeitig versiegenderem „Inlandsangebot“.

Vor diesem Hintergrund ist in den letzten Jahren vermehrt ein „globaler Kindermarkt“ entstanden, der sich ganz wesentlich aus Osteuropa und Asien speist. Die Funktionsweise und Mechanismen dieses Marktes erschienen angesichts der Sensibilität des Themas in vielerlei Hinsicht problematisch beziehungsweise unmenschlich.

Nach Ansicht der Stipendiatin liegt das nicht zuletzt daran, dass der Fokus der Berichterstattung gerade die Lage der Kinder weitgehend zugunsten der Beschreibung der Motivation der potenziellen Adoptiveltern ausblendet. Berichtet wird immer wieder von der jahrelangen, quälenden Wartezeit auf das Wunschkind, von Problemen mit den „inhumanen“ Ansprüchen deutscher und ausländischer Behörden, von der Unberechenbarkeit des Projekts. Nachdenkliche Stimmen verstummen schnell, und das, obwohl auf dem „globalen Kindermarkt“, so die Preisträgerin, kommerzielle, illegale und auch kriminelle Methoden vorherrschen. Methoden, die das Wohlergehen und die psychosoziale Gesundheit der Kinder sowie der biologischen Eltern ganz und gar unberücksichtigt lassen und offen verletzen.

Das Anliegen der Preisträgerin ist es, zwischen einem sentimentalischen Ansatz (Auslandsadoption als Akt der Nächstenliebe) und sensationshungrigem Umgang (neokolonialer Kinderhandel) der Frage nachzugehen, wie das „System Auslandsadoption“ tatsächlich funktioniert und an welchen Stellen dringend eine Überarbeitung beziehungsweise eine Revision der Rechtsgrundlagen, der administrativen „Abwicklung“ aber auch des öffentlichen Bewusstseins gefordert ist. Dies soll anhand der Schilderung von exemplarischen Beispielen und Erfah-

rungen aus verschiedenen Ländern geschehen; die dabei zugrundeliegende Fragestellung lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Erörtert wird schwerpunktmäßig, inwieweit der „globale Kindermarkt“ nach wie vor stärker vom Markt als von internationalen Abkommen „reguliert“ wird. Bestehende internationale Regulierungssysteme und Abkommen können - wie nicht anders zu erwarten - ihre Funktion nur dann erfüllen, wenn eine effiziente Rechtsaufsicht erfolgt und Missachtungen spürbar sanktioniert werden. Dabei ist es völlig unzureichend, diese Kontrollfunktion im Inland wahrzunehmen, da der „Kinderhandel“ schlichtweg in die Herkunftsländer verlagert werden könnte und wohl auch wird. Das Anliegen der Preisträgerin ist, bestehende Missstände deutlich zu machen, die öffentliche Wahrnehmung auf das vielschichtige Thema Auslandsadoption zu lenken, einen Perspektiv- und Bewusstseinswandel zu fördern und schlussendlich auch konkrete Handlungsvorschläge zu unterbreiten.

Die Jury hat sich aus mehreren Gründen für die Förderung dieses Antrages entschieden. Zunächst ist festzuhalten, dass die eingereichten Vorüberlegungen und die ausführlichen Projektskizze von hoher Qualität sind; dies sowohl was den empirischen als auch den analytischen Gehalt betrifft. Somit ist ohne jeden Zweifel davon auszugehen, dass die durchaus ambitionierten Ziele auch umgesetzt werden. Darüber hinaus nimmt sich die Stipendiatin eines Themas an, welches in der Tat allenfalls randständig Berücksichtigung in den Medien findet und - so überhaupt berichtet wird - wichtige Aspekte ausblendet. Mit der Preisvergabe verbindet die Jury die Hoffnung, dass das Thema Auslandsadoption nicht nur zusätzliche Aufmerksamkeit, sondern auch einen Perspektivenwechsel erfährt. Gerade die Vergabe von Recherchestipendien kann einen Beitrag dazu leisten, dass unter vielen Aspekten wichtige oder sogar unerlässliche Berichterstattung, die mit vielen Mühen und hohen Kosten verbunden ist, überhaupt stattfinden kann. Schließlich darf nicht sein, dass die Medienagenda einzig und allein durch die vorab existierende Aufmerksamkeit und die Handhabbarkeit von Themen bestimmt wird.

Jury



Sonia Mikich
Dr. Heribert Prantl
Harald Schumann
Dr. Volker Lilienthal
Dr. Thomas Leif
Jürgen Peters

Sonia Mikich



Geboren 1951 in Oxford, in London aufgewachsen
Redaktionsleitung des ARD-Politmagazins Monitor

Werdegang:

- Seit Februar 2004: Redaktionsleitung der ARD/WDR-Dokumentationsreihe „die story“
- Seit Januar 2002: Redaktionsleitung des ARD-Politmagazins Monitor, WDR Köln
- 1998 bis 2001: Korrespondentin und Studioleitung des Deutschen Fernsehens in Paris
- Ab 1995 : Studioleitung
- 1992 bis 1998: Korrespondentin des Deutschen Fernsehens in Moskau
- 1982 bis 1984: Volontariat beim Westdeutschen Rundfunk, Redakteurin und Reporterin in der Programmgruppe Ausland Fernsehen des WDR.
- 1979 bis 1981: wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arnold-Gehlen-Forschungsgruppe am Institut für Soziologie an der RWTH Aachen. Freie Journalistin für Zeitschriften, Tageszeitungen und Aufsatzsammlungen.
- 1972 bis 1979: Studium Politologie, Soziologie und Philosophie an der RWTH Aachen mit Magisterabschluss Februar 1979
- 1970 bis 1972: Volontariat bei der Aachener Volkszeitung

Auszeichnungen:

1998 erhielt Sonia Mikich für ihre Arbeit als ARD-Korrespondentin in Russland das Bundesverdienstkreuz. Für ihre Russlandberichterstattung erhielt sie 1996 den Telestar, 2001 für ihre Berichterstattung aus Tschetschenien, Afghanistan und anderen Krisengebieten sowie für ihre Zeit als Leiterin des ARD-Studios Moskaus den Kritikerpreis 2001.

Veröffentlichungen:

„Der Wille zum Glück“ Lesebuch über Simone de Beauvoir (1986)
„Planet Moskau – Geschichten aus dem neuen Russland“ (1998)

Dr. Heribert Prantl



Geboren 1953 in Nittenau/Oberpfalz
Ressortchef Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung

Werdegang:

- Seit 1995: Ressortchef Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung
- Seit 1992: stellvertretender Ressortleiter
- 1992: leitender Redakteur
- Seit 1988: politischer Redakteur bei der Süddeutschen Zeitung. Zunächst innenpolitischer Kommentator und innenpolitischer Redakteur mit Schwerpunkt Rechtspolitik
- 1981 bis 1987: Richter an verschiedenen bayerischen Amts- und Landgerichten sowie Staatsanwalt
- Studium der Philosophie, der Geschichte und der Rechtswissenschaften. Erstes und Zweites Juristisches Staatsexamen, juristische Promotion bei Professor Dr. Dieter Schwab in Regensburg, juristisches Referendariat. Parallel dazu journalistische Ausbildung.

Auszeichnungen

Thurn und Taxis- Preis für die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften/ Universität Regensburg (1982); Franz Karl Meier Leitartikelpreis der Pressestiftung Tagesspiegel Berlin (1989); Pressepreis des Deutschen Anwaltvereins (1992); Geschwister-Scholl-Preis der Landeshauptstadt München (1994); Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik (1996); Siebenpfeiffer-Preis (1998/99); Theodor-Wolff-Preis für essayistischen Journalismus (2001); Rhetorikpreis für die Rede des Jahres 2004 der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Harald Schumann

Dr. Volker Lilienthal



Geboren 1957

Redakteur für besondere Aufgaben bei „Der Tagesspiegel“, Berlin

Werdegang:

- Seit Oktober 2004: Redakteur „Der Tagesspiegel“ Berlin
- 2003 bis 2004: Redakteur im Berliner Büro des SPIEGEL
- 2000 bis 2002: Ressortleiter Politik bei SPIEGEL ONLINE
- 1992 bis 2000: Redakteur im Berliner Büro des SPIEGEL
- 1990 bis 1991: Leitender Redakteur beim Ost-Berliner „Morgen“
- 1986 bis 1990: Wissenschaftsredakteur beim SPIEGEL
- 1984 bis 1986: Redakteur für Umwelt und Wissenschaft bei der Berliner tageszeitung
- Studium der Sozialwissenschaften in Marburg, Landschaftsplanung an der TU Berlin, Abschluss als Diplom-Ingenieur

Veröffentlichungen:

- Futtermittel und Welthunger, Reinbek, 1986
- Die Globalisierungsfalle (gemeinsam mit Hans-Peter Martin), Reinbek 1996
- attac – Was wollen die Globalisierungskritiker? (Gemeinsam mit Christiane Grefe und Mathias Greffrath), Berlin 2002

Geboren 1959 in Minden/Westfalen

Ressortleiter und Verantwortlicher Redakteur von „epd medien“

Werdegang:

- Seit 2005: Ressortleiter und Verantwortlicher Redakteur von „epd medien“
- 1997 bis 2005: stellvertretender Ressortleiter von „epd medien“
- Seit 1989: Redakteur beim Evangelischen Pressedienst (epd)
- Seit 1999: Lehrbeauftragter für Medienkritik und Medienjournalismus an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.
- 1996 bis 1998: journalistischer Berater und ständiger Autor der Hamburger Wochenzeitung „DIE ZEIT“, dort Kolumnist für „Zeit-Takte“.
- 1988: Redakteur von „COPY“ (Handelsblatt-Verlag)
- 1988: freier Fachautor für Hörfunk und Zeitschriften.
- 1983: Diplom-Journalist der Universität Dortmund,
- 1987: Dr. phil. in Germanistik der Universität-GH Siegen

Auszeichnungen:

Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen der Journalistenvereinigung „Netzwerk Recherche“ 2004; zweiter Preis „Bester wissenschaftlicher Zeitschriftenaufsatz“ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPUK) 2004; „Besondere Ehrung“ beim Bert-Donnepp-Preis für Medienpublizistik 2002; Hans-Bausch-Mediapreis des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart 1997; Deutscher Preis für Medienpublizistik der Freunde des Adolf-Grimme-Preises 1991.

Veröffentlichungen:

„Literaturkritik als politische Lektüre, Am Beispiel der Rezeption der ‚Ästhetik des Widerstands‘ von Peter Weiss“ (Volker Spiess: Berlin 1988) und „Sende fertig abgesetzt. ZDF. SAT.1 und der Soldatenmord von Lebach“ (Vistas-Verlag: Berlin 2001), TV-Dokumentation „Der Giftschrack des deutschen Fernsehens“ 1994 auf VOX/DCTP.

Dr. Thomas Leif



Geboren 1959 in Daun/Eifel
Chefreporter Fernsehen SWR, Landessender Mainz

Vorsitzender netzwerk recherche e.v.
www.netzwerkrecherche.de

Jüngste Veröffentlichung:
Die fünfte Gewalt, Anatomie des Lobbyismus in Deutschland, Bonn 2006
(Hrsg. und Autor)

Jürgen Peters



Geboren 1944 in Bolko/Oppeln, Oberschlesien
1. Vorsitzender der IG Metall

Werdegang:

- Seit 2003: 1. Vorsitzender der IG Metall
- Seit 2003: Präsident des Internationalen Metallerbundes (IMB)
- 1998 bis 2003: 2. Vorsitzender der IG Metall
- 1988 bis 1998: Bezirksleiter des Bezirks Hannover der IG Metall
- 1976 bis 1988: Vorstand der IG Metall, Zweigbüro Düsseldorf
- 1971 bis 1976: Lehrer IG Metall Bildungsstätte Lohr
- 1969 bis 1971: Lehrerassistent in der IG Metall Bildungsstätte Lohr
- 1964 bis 1968: Maschinenschlosser bei Rhestahl Hanomag AG
- 1968 bis 1969: Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main
- 1961 bis 1964: Ausbildung als Maschinenschlosser bei Rhestahl Hanomag AG in Hannover, in dieser Zeit: Besuch der Berufsaufbauschule mit Abschluß der Fachschulreife

seit 1961 Mitglied der IG Metall, seit 1966 Mitglied der SPD
Aufsichtsratsmandate
Volkswagen AG, Personal- Produktions- u. Servicegesellschaft mbH (PPS),
Mannesmann-Röhren-Werke AG

Impressum

Otto Brenner Stiftung

Wilhelm Leuschner Straße 79
60329 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Elke Eller

Redaktion: Christian Steffen, Bianka Huber

Layout: Agentur 54U, Frankfurt, www.54u.de

Druck: apm Darmstadt